

DIE LINKE.

Wahlzeitung zur Bundestagswahl am 24. September 2017 • Ausgabe Baden-Württemberg • www.die-linke.de

Frieden

**Abrüsten!
Waffenexporte
stoppen**

DIE LINKE will Militärausgaben senken und in Schulen und Kitas investieren. **Seite 4**

Mehr im Geldbeutel

Niedrigere Steuern auf kleine und mittlere Einkommen, mehr Geld für Kinder. **Seite 2**

Weniger Beitrag, mehr Leistung

Von der Solidarischen Gesundheitsversicherung profitiert die Mehrheit. **Seite 6**

Mindestlohn auf 12 Euro anheben

Damit niemand trotz Arbeit arm sein muss. **Seite 9**

Rente rauf und mindestens 1.050 Euro

Die gesetzliche Rente muss gestärkt werden, um Altersarmut zu verhindern. **Seite 9**

Kindergeld auf 328 Euro erhöhen

Damit Kinderarmut abnimmt und nicht wächst. **Seite 10**



Für ein soziales Europa

Gregor Gysi kämpft gegen Finanzminister Schäubles Kürzungspolitik. **Seite 4**

Politik darf nicht käuflich sein

Unternehmensspenden an Parteien müssen verboten werden. **Seite 11**

Superreiche zur Kasse

Nur DIE LINKE hat den Mut, eine Millionärsteuer einzuführen. **Seite 12**

Gute Gewinne sind möglich

LINKES Rätsel mit Preisen für eine bessere Welt **Seite 11**



Interview Seite 3

Das Spitzenduo der LINKEN zur Bundestagswahl: Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch

Gerechtigkeit ist wählbar!

Je stärker DIE LINKE, desto sozialer das Land

Am 24. September ist Bundestagswahl. Sie wird entscheidend für das Land. Wie es hierzulande weitergeht, hängt davon ab, wie stark DIE LINKE wird. Es hängt von Ihrer Stimme ab!

Soziale Gerechtigkeit, soziale Sicherheit, Abrüstung und Frieden. Dafür treten wir an. Wir akzeptieren nicht, dass Kinder in Armut aufwachsen und gleichzeitig die Zahl der Millionäre und Milliardäre steigt. Wir finden uns nicht damit ab, dass fast überall Geld fehlt – in Schulen, Krankenhäusern, beim Wohnungsbau –, die Ausgaben für Rüstung und Krieg jedoch verdoppelt werden sollen.

Viele Menschen fragen sich, ob ihre Rente zum Leben reichen wird. Ob die Arbeit, die Wohnung, die Zukunft sicher sind. Wir wollen gute und sichere Arbeit mit höheren Löhnen statt prekärer Jobs. Das macht das

Leben planbar. Wir wollen, dass die Rente für ein Leben in Würde reicht – für alle. Wir besteuern Millionäre und Milliardäre stärker fürs Gemeinwesen. Dann ist das Geld da: für gute Schulen, bezahlbare Wohnungen, mehr Personal in Krankenhäusern

und Pflege. Und wir schaffen ein festes Netz von sozialer Sicherheit: Wer Kinder erzieht, wer erwerbslos ist, wer Pflege braucht oder krank wird, darf nicht von Armut bedroht sein. Wir wollen Deutschland zum Abrüstungsweltmeister machen und die

Milliarden, die Kanzlerin Merkel in Aufrüstung stecken will, für soziale Gerechtigkeit und für Investitionen einsetzen, die allen zugutekommen.

Wir wollen das Land verändern. Wir wollen es sozialer und gerechter machen! Unsere Pläne sind konkret und bezahlbar. Wir machen Druck, wir bringen Bewegung und Spannung in die Politik. Wir sagen: Die Dinge müssen und dürfen nicht bleiben, wie sie sind. Alle anderen Parteien sind bereit, die Politik der letzten Jahre fortzusetzen. Alle anderen stehen Angela Merkel als Koalitionspartner zur Verfügung. Wir nicht! Wir wollen eine soziale und demokratische Wende im Land. Gegen ein Weiter so in der Politik. Dafür braucht es eine starke LINKE. Lassen Sie uns gemeinsam etwas bewegen und wählen Sie am 24. September DIE LINKE!



LINKER Protest gegen unsichere Jobs

Die Zweitstimme entscheidet



Ostermarsch 2017 in Stuttgart

Aus Baden-Württemberg sind derzeit fünf Abgeordnete der Partei DIE LINKE in Berlin vertreten. Im neuen Bundestag sollen es mindestens sechs werden. Mit dem Parteivorsitzenden Bernd Riexinger hat DIE LINKE einen Gewerkschafter auf Platz 1 der Landesliste, der sich seit Jahren für die Belange der Beschäftigten einsetzt. Auf Platz 2 steht die Bundestagsabgeordnete Heike Hänsel, eine Aktivistin für Abrüstung, fairen Handel und eine friedliche Außenpolitik.

Baden-Württemberg ist ein reiches Bundesland. Aber bei den dringenden Problemen versagt die grün-schwarze Landesregierung: hohe Kinderarmut, zu wenig sozialer Wohnungsbau, Personalmangel in Schulen, Kitas, Krankenhäusern. Mit dem Städte- und Landkreistag kritisiert DIE LINKE die zu niedrigen Investitionen in den öffentlichen Nahverkehr, in Bildung und Integration von Geflüchteten. Die Kommunen sind finanziell unzureichend ausgestattet. DIE LINKE steht an der

Seite von Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften und sozialen Initiativen. Mit ihnen engagiert sie sich für eine gerechtere Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums. Entscheidend für eine starke LINKE im Bundestag ist die Zweitstimme. Für alle, die etwas tun wollen für die Wiederherstellung des Sozialstaats und gegen eine weitere Rechtsverschiebung im Südwesten, ist die Landesliste der LINKEN ein prima Angebot. **Mehr zu Baden-Württemberg auf den Seiten 5 bis 8**



Katja Kipping und Bernd Riexinger

Liebe Wählerinnen und Wähler,

DIE LINKE ist die erste Adresse für soziale Gerechtigkeit – und zwar für alle. Wir laden Sie dazu ein, sich unser Programm in Ruhe anzuschauen und sich selbst eine Meinung zu bilden. Wir wollen mehr Geld für Bildung und Kitaausbau, für gute Gesundheitsversorgung und menschenwürdige Pflege, für bezahlbares Wohnen und Klimaschutz. Für uns steht die Forderung der Krankenpflegerin nach mehr Personal und höherem Lohn ebenso im Mittelpunkt wie der Schutz von Kindern und Rentnerinnen und Rentnern vor Armut. Das Recht auf Asyl ist für uns so unumstößlich wie das Recht auf gute Bildung und einen Ausbildungsplatz für unsere Kinder. Frauen müssen für gleichwertige Arbeit endlich den gleichen Lohn bekommen. Junge Menschen wollen Zukunftsperspektiven statt Dauerstress und Konkurrenzdruck: Wir treten für sichere und selbstbestimmtere Arbeit ein – für alle. Es ist gerecht für alle, wenn die Reichen endlich ihren Beitrag leisten. Eine Vermögensteuer für Superreiche wieder einzuführen – das traut sich (leider) nur DIE LINKE. Sozial gerecht für alle – das heißt auch: höhere Löhne und weniger Steuern für die Mehrheit. Wir kämpfen für gleiche Rechte für alle, die hier leben, und für die, die zu uns kommen. Denn: Sozial gerecht für alle gilt für uns ohne Ausnahme. Alle Menschen in unserem Land sollen sich dort, wo sie leben, auch wirklich sicher fühlen. Je stärker DIE LINKE, desto sozialer und gerechter das Land.

Katja Kipping und Bernd Riexinger sind Vorsitzende der Partei DIE LINKE

Die Zukunft, für die wir kämpfen

So würden Sie vom Programm der LINKEN profitieren

Familien soll die Bildung und Betreuung der Kinder nichts kosten. Das Elterngeld muss verbessert werden. Wir wollen gebührenfreie Kitas mit mehr Personal und kostenfreiem Essen für alle Mädchen und Jungen. In Bus und Bahn müssen Kinder freie Fahrt haben. Mütter und Väter sollen die Möglichkeit haben, Beruf, Familie und Freizeit besser unter einen Hut zu bekommen – mit flexiblen Arbeitszeiten von um die 30 Stunden pro Woche. Zudem soll das Kindergeld auf 328 Euro steigen. Langfristig setzt sich DIE LINKE für eine Kindergrundsicherung für alle Kinder von 573 Euro ein.

Alleinerziehende tragen eine immense Belastung. Für sie ist der Ausbau öffentlicher Angebote, etwa zur Ganztagsbetreuung, besonders wichtig. Viele werden in unfreiwillige Teilzeit, Mini- und Midijobs und damit in Altersarmut abgedrängt. DIE LINKE fordert soziale Absicherung: Ab dem ersten Euro muss eine volle Pflicht zur Sozialversicherung gelten.

Erwerbstätige sollen zu guten Bedingungen arbeiten. Die Gewerkschaften sollen stärker werden, damit mehr Menschen einen tarifvertraglich abgesicherten Arbeitsvertrag bekommen und die Löhne steigen. Der Mindestlohn soll auf 12 Euro steigen. Wer arbeitet, soll nicht auf Aufstockerleistungen vom Jobcenter angewiesen sein. Mit dem Steuerkonzept der LINKEN wird entlastet, wer weniger als 7.100 Euro brutto im Monat verdient.

Erwerbslose brauchen Unterstützung statt Gängelung, zum Beispiel einen Rechtsan-

spruch auf Weiterqualifizierung. Arbeitslosengeld I muss länger gezahlt werden. DIE LINKE will Hartz IV abschaffen und durch eine armutsfeste Mindestsicherung von 1.050 Euro ersetzen – ohne Sanktionen. DIE LINKE will 300 000 sozialversicherungspflichtige und tariflich abgesicherte Arbeitsplätze im Bereich öffentlich geförderter Beschäftigung für Langzeiterwerbslose und Geflüchtete schaffen. Ein Sozialticket für den öffentlichen Nahverkehr und die soziale BahnCard sollen zudem sicherstellen, dass auch Menschen ohne viel Geld mobil sind.

Mieterinnen und Mieter sollen mehr Rechte haben. Die Kündigung wegen Eigenbedarfs soll schwerer gemacht werden. DIE LINKE will Spekulation mit Wohn-

raum beenden, bestehende Mieten einfrieren und Immobilienfonds die Zulassung entziehen. Die Mietsteigerungen werden endlich wirksam gestoppt, Mieten in Stadtteilen mit besonders hohen Wohnkosten werden eingefroren oder auf 8,50 Euro gesenkt. Jährlich sollen 250 000 neue Sozialwohnungen hinzukommen und dauerhaft bleiben. Die Sozialbindung soll künftig ohne Befristung wirksam sein.

Rentnerinnen und Rentner hätten mit dem Konzept der LINKEN im Schnitt 130 Euro mehr im Monat. DIE LINKE ist die einzige unter den großen Parteien, die das Rentenniveau wieder auf 53 Prozent anheben will. Jede und jeder soll mit 65 abschlagsfrei in den Ruhe-

stand gehen können. Niedrige Einkommen sollen bei der Rentenberechnung aufgewertet werden. Für alle, die wenig haben, soll eine solidarische Mindestrente von 1.050 Euro den Lebensstandard im Alter sichern. Die Rentenangleichung Ost-West soll sofort und ohne Ausnahmen vollzogen werden. Riester-Verträge müssen in die gesetzliche Rente überführt werden.

Pflegekräfte sollen entlastet und endlich gerecht entlohnt werden. DIE LINKE will mehr Personal und bessere Löhne in der Pflege und in den Kliniken. Insgesamt 160 000 neue Stellen sollen in Krankenhäusern geschaffen werden. Gesetzliche Vorgaben für die Personalausstattung müssen eingeführt werden. Davon haben auch **Patientinnen und Patienten** etwas. DIE LINKE fordert eine solidarische Gesundheitsversicherung, in die alle einzahlen. So ist genug Geld da für zusätzliches Personal und eine gute Ausstattung der Krankenhäuser. Alle werden gleich gut behandelt. Medikamente, Brillen und Zahnersatz sollen zuzahlungsfrei sein.

Studierende sollen ohne finanzielle Sorgen lernen können. DIE LINKE lehnt Studiengebühren ab. Ein elternunabhängiges, rückzahlungsfreies BAföG in Höhe von 1.050 Euro netto für alle soll das bisherige System ersetzen. Der Bund soll Hochschulen finanzieren dürfen, damit die Studienbedingungen besser werden.

Michael Breyer



Das komplette Wahlprogramm im Internet: www.die-linke.de/wahlen/wahlprogramm

Den Alltag besser machen. Heute und morgen

Mehr Personal in Bildung und Gesundheit, neue Sozialwohnungen, besserer Nahverkehr

An vielen Ecken knirscht es im Alltag: Kinderbetreuung ist knapp, Schulen sind marode, bezahlbare Wohnungen sind rar. Büchereien, Schwimmbäder, Theater schließen. Öffentliche Angebote werden an private Unternehmen gegeben, die Profit machen. Das bedeutet: hohe Gebühren und Eintrittspreise. Wer sich die nicht leisten kann, bleibt außen vor. **DIE LINKE wird nachholen, was die Regierungen in den vergangenen Jahren versäumt haben:** Ein Programm für die Zukunft, das öffentlich – von

Bund, Ländern und Kommunen – getragen und ausreichend finanziert ist. In die Zukunft investieren bedeutet: mehr Kitaplätze und mehr Erzieherinnen und Erzieher – mit besserer Bezahlung. Schulen werden renoviert, die Klassen werden kleiner und die Betreuungszeiten länger – durch mehr pädagogisches Personal. In der Altenpflege entstehen mehr Arbeitsplätze und bessere Heime. Jedes Jahr werden mindestens 250 000 zusätzliche Sozialwohnungen geschaffen. In die Zukunft investieren bedeu-

tet: mehr Busse und Bahnen im öffentlichen Personennahverkehr – barrierefrei, sichere Straßen und mehr Radwege. Gemeinden und Kommunen bekommen mehr Mittel und mehr Personal, sodass sie wieder bürgernah funktionieren. Schwimmbäder, Kultur- und Sporteinrichtungen werden besser finanziert. Überall wird schnelles Internet verfügbar sein. DIE LINKE investiert in saubere Energie und macht die Privatisierung von Strom- und Wasserversorgung rückgängig. Im Alltag wird zu spüren sein:

Das Leben funktioniert einfacher. **Das Programm der LINKEN ist durchgerechnet und finanzierbar.** 120 Milliarden Euro kostet es, die Bundesrepublik zu einem modernen Staat mit guten Angeboten umzubauen – für alle Menschen, die hier leben. 60 Milliarden Euro werden durch gerechte Steuern von Superreichen und Konzernen finanziert. Weil das Programm Hunderttausende Arbeitsplätze schafft und die Wirtschaft stärkt, fließen 60 Milliarden Euro durch höhere Einnahmen an den Staat zurück.

DIE LINKE will
 ■ 120 Milliarden in öffentliche Infrastruktur stecken
 ■ Arbeitsplätze vor allem in Bildung, Gesundheit, Pflege und Bauwirtschaft schaffen
 ■ mehr bezahlbaren Wohnraum und damit die Mieten für alle senken
 ■ Wirtschaft und Energieversorgung ökologisch und sozial verträglich umbauen.

»Wir legen uns mit den Mächtigen an«

Wie DIE LINKE den Sozialstaat wiederherstellen will und wie eine friedliche Außenpolitik das Land sicherer macht, darüber sprechen Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch, das Spitzenduo der Partei DIE LINKE zur Bundestagswahl

Für wen lohnt es sich, am 24. September DIE LINKE zu wählen?

Sahra Wagenknecht: Es lohnt sich für alle – außer vielleicht für das eine Prozent Superreiche. Wenn sich unsere Forderungen durchsetzen, würde es der großen Mehrheit der Bevölkerung deutlich besser gehen als heute.

Aber es heißt doch immer, den Deutschen gehe es unter Angela Merkel so gut wie nie zuvor?

Wagenknecht: In unserem Land sind 2,7 Millionen Rentnerinnen und Rentner von Armut bedroht, jeder fünfte Beschäftigte arbeitet im Niedriglohnsektor und 6,5 Millionen Menschen sind im Hartz-IV-System gefangen. Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland war die Angst vor sozialem Abstieg so weit verbreitet wie heute.

Dietmar Bartsch: Wenn zwei Millionen Kinder von Armut bedroht sind, wenn alte Menschen im Müll nach Flaschen suchen müssen und Arbeit nicht mehr vor Armut schützt, zugleich aber der private Reichtum einiger weniger rasant wächst, dann stimmt etwas Grundlegendes in unserer Gesellschaft nicht. Es ist Zeit für einen Politikwechsel.

Worin besteht dieser?

Bartsch: Der Sozialstaat muss wiederhergestellt werden und die Balance in der Gesellschaft muss wieder stimmen.

Wie kann das gelingen?

Wagenknecht: Indem man sich mit den Mächtigen und Reichen anlegt, statt sich von ihnen kaufen zu lassen. Ohne eine gerechte Besteuerung der Konzerne und riesiger Vermögen ist eine Wiederherstellung des Sozialstaats unmöglich. Deswegen will DIE LINKE eine Vermögenssteuer



Kämpfen für einen Politikwechsel in Deutschland: Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch vor dem Reichstag in Berlin.

für Multimillionäre. Und den Steuersparmodellen der Konzerne muss endlich ein Riegel vorgeschoben werden. Da liegt das Geld, das wir brauchen, um Armut zu verhindern und es in gute Bildung, Gesundheit, Pflege und in den Wohnungsbau zu investieren. Leider hat nur DIE LINKE diesen Mut. Die SPD hat in ihrem Wahlprogramm auf eine Vermögenssteuer verzichtet. Kein Wunder, sie will ja auch lieber mit der FDP regieren.

Bartsch: Zudem müssen die Sozialversicherungssysteme, die den Kern des Sozialstaats ausmachen, wieder gestärkt werden. Es kann nicht sein, dass sich Unternehmen und Vermögende wegdrücken dürfen, wenn es um deren Finanzierung geht. Deswegen will DIE LINKE die gesetzliche Rente stärken, indem alle einzahlen, auch Selbstständige, Freiberufler, Beamte und Abgeordnete. Österreich macht es vor: Rentner erhalten dort im Durchschnitt 800 Euro mehr im Monat.

Auch bei der Krankenversicherung gibt es eine Schiefelage, seitdem die Arbeitgeber aus der Verantwortung entlassen wurden...

Bartsch: ... darum setzt sich DIE LINKE für eine Solidarische Gesundheitsversicherung ein, bei der unter anderem Arbeitgeber wieder den gleichen Beitrag wie die Arbeitnehmer zahlen. Das ist sozial gerecht und führt dazu, dass der Beitragssatz von derzeit durchschnittlich 15,7 Prozent auf unter 12 Prozent

sinkt. Zusatzbeiträge und Zuzahlungen entfallen dann.

Seit Jahren ist in Deutschland vom Jobwunder die Rede, die Wirtschaft boomt. Ist das nicht eine Erfolgsmeldung?

Wagenknecht: Nur wer sich der Realität verweigert, kann die massive Zunahme schlecht bezahlter, unsicherer Jobs als »Jobwunder« verkaufen. Vierzig Prozent der Bevölkerung haben heute real weniger Einkommen als noch Ende der 1990er Jahre. Viele können sich nicht einmal mehr einen einwöchigen Urlaub leisten.

Bartsch: Das muss sich ändern. Es ist ein Unding, dass ausge-rechnet diejenigen, die die Gesellschaft am

»Nur mit einer starken LINKEN gibt es kein Weiterso.«
Sahra Wagenknecht

Laufen halten, oft in Minijobs und zu Niedriglöhnen schuften. Der gesetzliche Mindestlohn muss zügig auf 12 Euro pro Stunde erhöht werden.

Warum hat DIE LINKE im Bundestag gegen alle Auslandseinsätze der Bundeswehr gestimmt?

Wagenknecht: Eine Beteiligung an den Rohstoffkriegen der USA, die ganze Länder zerstören und Hunderttausende Menschen das Leben gekostet haben, ist unverantwortlich. Das Gleiche gilt für die illegalen Drohnenmorde. All das stärkt letztlich nur die

islamistischen Terroristen und hat inzwischen auch Deutschland zur Zielscheibe des Terrors gemacht.

Bartsch: Waffen schaffen keinen Frieden, Terror lässt sich nicht mit Krieg bekämpfen.

Deutschland muss zu einer friedlichen Außenpolitik zurückkehren, die Waffenexporte und militärische Abenteuer beendet. Deutschland sollte Abrüstungsweltmeister werden.

Wie will DIE LINKE ihre Forderungen umsetzen?

Bartsch: Durch das Schaffen von Mehrheiten. Je mehr Menschen uns unterstützen, desto größer wird der Druck für die anderen Parteien, auf unsere Forderungen einzugehen. Manchmal sind das kleine Schritte, manchmal auch große, wie etwa die Einführung des Mindestlohns. **Wagenknecht:** CDU/CSU, FDP, SPD und Grüne unterscheiden sich politisch kaum noch. Sie haben in den zurückliegenden 20 Jahren gemeinsam die Renten gekürzt, einen großen Niedriglohnsektor und das demütigende Hartz-IV-Regime geschaffen sowie Steuergeschenke an die Reichen verteilt. Das war Politik für die oberen Zehntausend, nicht für die Mehrheit der Bevölkerung. Nur mit einer starken Linken gibt es kein Weiterso.

Worauf können sich Wählerinnen und Wähler verlassen, wenn sie für DIE LINKE stimmen?

Wagenknecht: DIE LINKE ist nicht käuflich. Wir sind die einzige Partei, die noch nie einen Euro Spenden von der Deutschen Bank oder einem Rüstungskonzern bekommen hat. Und ich verspreche, das wird auch so bleiben. Denn wir machen Politik für Beschäftigte, Arbeitslose, Rentner, kleine Selbstständige und den Mittelstand, aber nicht für Konzernherren und Rüstungslobbyisten.

Bartsch: Wir werden immer an der Seite derjenigen stehen, die weniger Chancen haben und ausgegrenzt werden. Wir stehen auch nach der Wahl zu dem, was wir in unserem Wahlprogramm und im Wahlkampf fordern.



Dietmar Bartsch, geboren im Jahr 1958 in Stralsund. Er studierte und promovierte in Wirtschaftswissenschaften. In den Jahren 1998 bis 2002 sowie seit dem Jahr 2005 gehört er dem Deutschen Bundestag an. Im November 2015 übernahm Dietmar Bartsch gemeinsam mit Sahra Wagenknecht den Vorsitz der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag. Dietmar Bartsch hat zwei erwachsene Kinder und spielt in seiner Freizeit Volleyball und Skat.



Sahra Wagenknecht, geboren im Jahr 1969 in Jena. Sie studierte Philosophie und Neuere Deutsche Literatur und promovierte in Wirtschaftswissenschaften. In den Jahren 2004 bis 2009 war sie Mitglied des Europaparlaments und ist seit dem Jahr 2009 Abgeordnete im Deutschen Bundestag. Seit November 2015 teilt sie sich den Vorsitz der Fraktion mit Dietmar Bartsch. Sahra Wagenknecht ist verheiratet, lebt in Merzig im Saarland und liebt Bergtouren mit dem Fahrrad.

Mehr BAföG für Studierende

Die BAföG-Sätze für Studentinnen und Studenten reichen nicht zum Leben aus. Das ist das Ergebnis einer Studie des Deutschen Studentenwerks. Vor allem die in den Universitätsstädten enorm gestiegenen Mietpreise sprengen die Höchstförderung in Höhe von 735 Euro. Viele Studierende müssen nebenher arbeiten. Dadurch haben sie weniger Zeit fürs Studium. Das betrifft vor allem Studierende aus einkommensschwachen Familien. DIE LINKE fordert ein elternunabhängiges, rückzahlungsfreies BAföG in Höhe von 1.050 Euro.



Jedes Kind soll schwimmen können

Weil Kommunen massiv verschuldet sind, wurden seit dem Jahr 1990 mehr als 1600 Schwimmbäder geschlossen. Allein 100 im letzten Jahr. Zudem wurden viele Schwimmbäder privatisiert und in Spaßbäder umgewandelt. Schulen und Sportvereine fällt es deshalb immer schwerer, Zugang für den Schwimmunterricht zu erhalten. Für viele Familien ist der Eintrittspreis zu hoch. Die Folge: 60 Prozent der Zehnjährigen in Deutschland können nicht schwimmen. DIE LINKE sagt: Schwimmbäder gehören zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Jedes Kind muss ein öffentliches Schwimmbad besuchen können.

»Die Welt ist im Großen wie im Kleinen veränderbar«

Gregor Gysi hat Großes vor im Bundestag und in Europa

Gregor Gysi ist rastlos unterwegs. Gestern eine Podiumsdiskussion beim Kirchentag in Magdeburg zur Frage, wie wir Frieden in unfriedlichen Zeiten gewinnen können. Heute Moderator im Deutschen Theater mit dem Bariton Thomas Quasthoff und dann in der Berliner Distel, wo er mit Oliver Welke, dem Präsentator der »heute-show« des ZDF, plauscht. Morgen schon versucht er in Hamburg der mittelständischen Wirtschaft nahezubringen, dass ein Neustart für Europa mit sozialen Standards, mehr Demokratie und friedlicher Außenpolitik auch ihr nützte. Und immer wieder Termine im Wahlkreis, Bürgersprechstunde, Gespräch im Seglerverein, mit Wissenschaftlern, Theaterleuten und, und, und.

Wer geglaubt hat, dass sich der langjährige Vorsitzende der Bundestagsfraktion so langsam aufs Altenteil zurückzöge, als er den Vorsitz abgab, hat die Rechnung ohne die Leute und ohne den Mann gemacht. Er gilt für die Ostdeutschen auch heute noch als ihre Stimme und war über 25 Jahre lang das prägende Gesicht der LINKEN in Deutschland. »Ich hatte ja auch gedacht, es wird weniger, und inzwischen habe ich sogar gelernt, gelegentlich Nein zu sagen. Aber wenn sich die Zahl der Anfragen verdoppelt, kommt eben doch viel zusammen«, bemerkt er schmunzelnd.

Mitunter wirkt er wie ein Getriebener. Immer wieder wird er gefragt, wie er das durchhält mit seinen 69 Jahren. »Ich bin fit«, sagt Gysi, und man sieht ihm die Freude an den täglich neuen Herausforderungen an. Ein Stück weit will er sicher auch die Hoffnun-



Seit Dezember 2016 ist Gregor Gysi Präsident der Europäischen Linken.

Ulwe Steinhert

gen nicht enttäuschen, die viele nach wie vor in ihn setzen. »Ich bin nicht der Mensch, der sich zur Ruhe setzt und dann Angeln geht, obwohl meine diesbezüglichen Lehrstunden bei Jan Korte durchaus entspannend waren«, sagt er mit Blick auf den LINKEN-Bundestagsabgeordneten aus Sachsen-Anhalt, der ein leidenschaftlicher Angler ist.

Deshalb ist Gysi seit Dezember 2016 Präsident der Europäischen Linken und will auch seinen Bundestagswahlkreis verteidigen. Die Europäische Linke ist ein Zusammenschluss von 25 Parteien. Es ist auch diese Verbindung zwischen Weltpolitik und Alltag, die ihn antreibt: wenn er den Präsidenten der Europäischen Kommission oder des Europäischen Gerichtshofs trifft und dann die Sorgen mit dem Jobcenter hört, die ihm eine Frau bei seiner Sprechstunde im Bürgerbüro in Schöneweide vorträgt. »Die Welt ist im Großen wie im Kleinen veränderbar, und DIE LINKE muss sich ihrer gesamten Verantwortung dafür

stellen«, erklärt Gysi seine Motivation für den Spagat zwischen Europa und Treptow-Köpenick.

Die aktuellen Entwicklungen stimmen ihn sorgenvoll: Eine Militarisierung der EU und das Erstarren nationalistischer, faschistischer Kräfte rufen den brillanten Rhetoriker auf den Plan. So nimmt Gysi auf seinem Facebook-Account in einem kurzen Video die Unlogik der Kanzlerin auseinander, Bundeswehrsoldaten über Syrien

Daten aufklären zu lassen, die der türkische Despot Erdoğan nutzt. Mithilfe der Daten greift Erdoğan kurdische Einheiten an, die am Boden den IS bekämpfen. Fast zwei Millionen Menschen schauen sich das Video an und stimmen Gysi zu.

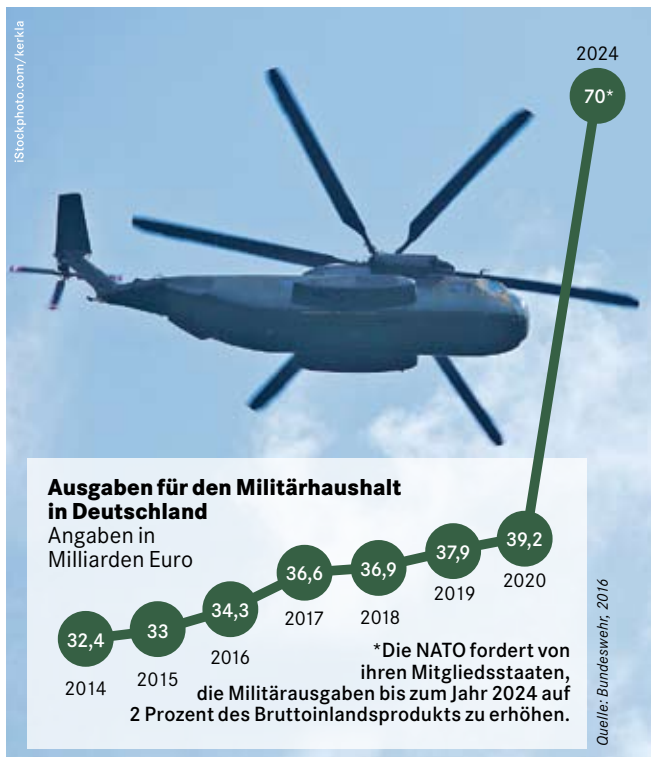
»DIE LINKE ist die einzige politische Kraft, die konsequente

Friedenspolitik und verlässliche Sozialpolitik zusammenbringt«, sagt Gysi. »Ich will die Europäische Linke als Gegengewicht gegen rechts und gegen die Kürzungspolitik von Schäuble stark machen, damit die Jugend in einem Europa leben wird,

das ihnen eine weltoffene, soziale, demokratische, friedliche Perspektive bietet.« Und Europa fängt für ihn eben nicht in Brüssel an, sondern beim Gespräch mit dem TV-Entertainer Wolfgang Lippert über die Entwicklung der Kultur im Wahlkreis.

Der Mann wird einfach noch gebraucht. In Treptow-Köpenick, im Osten, für die Jungen und die Alten, in Deutschland, in Europa. Gut, dass er weitermacht und der Bundestag nicht auf ihn verzichten muss.

DIE LINKE will
 ■ die EU neu starten:
 mehr Demokratie, mehr soziale Sicherheit, keine Aufrüstung ■ fairen Handel statt Freihandelsabkommen wie TTIP und TISA ■ Klimaschutz und den ökologischen Umbau der Wirtschaft.



Pausenbrot statt Panzer

Wie DIE LINKE die Ausgaben für Rüstung senken und stattdessen das Geld in Schulen und Kitas investieren will

Deutschland soll bis zum Jahr 2024 zwei Prozent seines Bruttoinlandsprodukts (BIP) für das Militär ausgeben. Dazu erklärte sich die Bundesregierung 2014 auf dem NATO-Gipfel bereit. Kanzlerin Merkel hat kurz nach der Wahl von Donald Trump, der die Einhaltung dieses Ziels verlangt, mehrmals bekräftigt, die Vereinbarung erfüllen zu wollen. Zwei Prozent: Das klingt nicht viel. **Doch das BIP betrug 2016 rund 3,13 Billionen Euro. Zwei Prozent davon wären also mehr als 60 Milliarden Euro!**

Schon jetzt müssen die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler für Rüstung und Militär 37 Milliarden Euro pro Jahr berappen.

Da die Wirtschaftskraft bis 2024 noch zulegen wird, würden mehr als 70 Milliarden Euro in den Militäretat fließen, eine Verdoppelung der heutigen Ausgaben. Zum Vergleich: Allein bei der öffentlichen Infrastruktur gibt es einen Investitionsstau von über 100 Milliarden Euro. Schulen und Brücken sind marode, es gibt oft zu wenig Kitaplätze und bezahlbaren Wohnraum, Gleise werden stillgelegt, Schwimmbäder geschlossen, fast überall fehlt das Geld, aber Union und SPD wollen immer mehr in die Aufrüstung pumpen.

Würde sich die Bundesregierung von dem Zwei-Prozent-Ziel verabschieden, könnte sie innerhalb weniger Jahre den vor-

allem in den Kommunen dramatischen Investitionsstau abbauen.

DIE LINKE fordert als einzige Partei, dass die Rüstungsausgaben der Bundesrepublik nicht erhöht, sondern deutlich gesenkt werden. »Dem Zwei-Prozent-Aufrüstungsprogramm von NATO und Merkel stellen wir unser Abrüstungsziel entgegen. Wir wollen den Rüstungshaushalt, der inzwischen der zweitgrößte Etat ist, um 20 Prozent kürzen. Das Geld wollen wir konkret dafür einsetzen, Kitas auszubauen und gebührenfrei zu machen und Schulen zu modernisieren«, erklärt der Bundeswahlkampfleiter der LINKEN, Matthias Höhn.



Endlich bezahlbare Mieten

DIE LINKE will jährlich 250 000 Sozialwohnungen schaffen, die günstig bleiben

Die Mieten steigen und steigen. In den letzten Jahren um 30 bis 50 Prozent, während die Einkommen kaum zulegen. Von den teuersten 30 Städten in Deutschland liegt die Hälfte in Baden-Württemberg. Stuttgart rangiert ganz vorn auf dieser Liste. Wer hier lebt, muss nicht selten schon die Hälfte seines Nettoeinkommens für die Miete aufwenden. Nicht viel besser sieht es in Heidelberg oder Freiburg aus.

Menschen mit geringem Einkommen sind am stärksten von dem angespannten Wohnungsmarkt betroffen. Sie müssen in heruntergekommenen Wohnungen leben, Mieterhöhungen schlucken oder im schlimmsten Fall ausziehen.

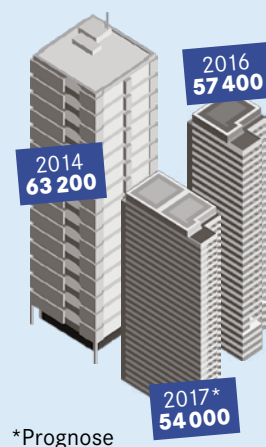
Auch in den öffentlichen Wohnungsbeständen steigen die Mieten, weil die Förderungen auslaufen und die kommunalen Wohnungsgesellschaften nicht ausreichend gegensteuern.

»In Reutlingen kämpfe ich seit Jahren für eine andere Mietpolitik, mehr bezahlbare Wohnungen und feste Quoten für Sozialwohnungen bei Neubausprojekten. Das allein reicht aber nicht«, betont Jessica Tatti, Stadträtin und Bundestagskandidatin für DIE LINKE in Reutlingen. Ursache dieser fatalen Entwicklung sind der Ausstieg des Bundes aus dem sozialen Wohnungsbau und eine verfehlte Förderpolitik auf Landesebene. »Es ist höchste Zeit für einen Politikwechsel«, sagt Tatti.

DIE LINKE fordert, dass pro Jahr bundesweit mindestens 250 000 Sozialwohnungen geschaffen werden. Sie sollen dauerhaft erhalten bleiben. Heute läuft die Sozialbindung einer geförderten Wohnung nach einigen Jahren aus, die Mieten können dann steigen. **Die Zweckbindung soll künftig unbefristet gelten: einmal Sozialwohnung, immer Sozialwohnung.** Statt Profit und Markt sollen der Bedarf und die Gemeinnützigkeit im Vordergrund stehen.

Doch um den Wohnungsbau anzukurbeln, müssen die Städte und Gemeinden mehr Geld bekommen. Deshalb ist die Einführung der Vermögensteuer erforderlich und eine gerechtere Steuerpolitik.

Immer weniger Sozialwohnungen in Baden-Württemberg



Kein Kind soll arm sein

Grundsicherung für alle Heranwachsenden statt Langzeit-Hartz-IV

Der Freiburger Kinderarzt Lothar Schuchmann weiß aus seiner langen Berufspraxis, dass Armut krank macht. »Hartz IV ist und bleibt Armut per Gesetz. Besonders hart trifft es dabei immer wieder Kinder«, berichtet Schuchmann, der auch im Ruhestand noch aktiv ist. Er kandidiert in Waldshut für DIE LINKE. Gerade Kinder leiden besonders unter der Armut ihrer Eltern, weiß er. Sie sind häufiger krank und haben schlechtere Bildungschancen. Für die schönen Kleinigkeiten des Alltags, ob Kino oder Sportverein, reicht oft das Geld nicht.

Umso erschreckender: Die Zahl der Kinder, die länger als vier Jahre von Hartz IV leben, ist in der Regierungszeit von Union und SPD um 32 275 gestiegen. Die Gesamtzahl der Kinder, die

deutschlandweit auf Hartz IV angewiesen sind, ist in den vergangenen Jahren sogar um 122 676 gewachsen. »Die massiv gestiegenen Zahlen von Kindern, die unter der jetzigen Regierung von Hartz IV leben, sind ein Armutszeugnis für die Große Koalition«, sagt Schuchmann.

Es ist skandalös, dass die Entscheidung für Kinder heute oft mit einem Armutsrisiko verbunden ist. Trotz wachsender Steuereinnahmen in Milliardenhöhe sehen CDU/CSU und SPD angesichts des Ausmaßes an Kinderarmut in Deutschland keinen Handlungsbedarf. »Eine halbe Million Kinder in Langzeit-Hartz-IV und zwei Millionen Kinder in Armut sind für Deutschland beschämend«, sagt der Kinderarzt. DIE LINKE streitet für eine Grundsicherung

für alle Kinder und Jugendlichen, um künftig Kinder- und Jugendarmut zu verhindern und um Teilhabe- und Entfaltungsmöglichkeiten sicherzustellen. DIE LINKE steht für eine sanktion

sfreie Mindestsicherung statt Hartz IV. **Ein Leben in Würde – für alle Menschen.** Unser Ziel sind gute Einkommen, Löhne und Renten statt Leiharbeit und Niedriglöhne.



Spielflächen sind Lebensmittel für alle Kinder.

Integrieren statt Abschieben

An erster Stelle steht die Einbeziehung von Geflüchteten

Seit Jahrhunderten fliehen Menschen aufgrund von Krieg, Verfolgung, Folter, Umweltzerstörung oder Armut. Sie suchen in neuen Ländern nach einem besseren Leben. **Menschen, die aus Not zu uns gekommen sind, dürfen nicht abgeschoben werden.** Die grün-schwarze Landesregierung in Baden-Würt-

temberg führt Abschiebungen überwiegend in Länder des Westbalkans durch, in denen Sinti und Roma Elend und Diskriminierung ausgesetzt sind. Aber auch in Kriegs- und Krisenländern wie Afghanistan, Irak oder Gambia wird abgeschoben. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern will Baden-Württemberg

an Abschiebungen nach Afghanistan festhalten. Die humanistischen Grundsätze genauso wie die christlichen Werte werden dabei links liegen gelassen. Innenminister Strobil versucht sich als Abschiebeminister zu profilieren, um vor der Bundestagswahl der AfD das Wasser abzugraben. DIE LINKE fordert die Wieder-

herstellung des Grundrechts auf Asyl und einen sofortigen Abschiebestopp. **Für die Integration von Geflüchteten in unsere Gesellschaft sind die Einführung des Familiennachzugs sowie ein breiterer Zugang zu Sprachkursen, Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarkt besonders wichtig.**

Rüstungsindustrie spendet kräftig

Von Südwestmetall flossen im vergangenen Jahr an die CDU 150.000 Euro, die Grünen wurden mit 110.000 Euro bedacht, an die SPD gingen 60.000 Euro und die FDP bekam 110.000 Euro Spendengelder. Südwestmetall ist der Interessenverband der Metall- und Elektroindustrie in Baden-Württemberg. Der Verband vertritt auch die Rüstungslobby und die großen Automobilhersteller im Land. Konzerne wie Bosch und Daimler sponsern zusätzlich. So zahlt Daimler in diesem Jahr je 100.000 Euro an CDU und SPD. Grüne, CSU und FDP bekommen je 40.000 Euro. DIE LINKE will solche Unternehmensspenden verbieten. Wer Spendengelder von Rüstungsfirmen annimmt, dem fällt es schwer, im Bundestag gegen Waffenexporte zu stimmen.

Rettungsschirm für Kommunen

Die kommunalen Spitzenverbände in Baden-Württemberg beklagen, dass die Städte und Gemeinden zu wenig Mittel von der Landesregierung für Flüchtlingsintegration, Krankenhäuser, Schulen und Wohnungsbau erhalten. Selbst Zuschüsse des Bundes kommen nicht komplett unten an. Es geht um Milliarden Euro. Erzieherinnen, Sozialarbeiter, Pflegekräfte, Lehrer und Polizisten müssen das vor Ort ausbaden. DIE LINKE will nicht, dass die falsche Sparpolitik des Landes auf dem Rücken von Beschäftigten ausgetragen wird. Deshalb empfiehlt sich ein breites Bündnis aus Gewerkschaften, Städtetag und Landkreistag für einen Rettungsschirm für Kommunen, damit öffentliche Investitionen gestärkt werden.

Landesweites Sozialticket

Die Grünen haben es einst versprochen, aber in der Landesregierung nie gehalten: ein landesweites Sozialticket, um Menschen mit niedrigem Einkommen die Nutzung von Bus und Bahn zu ermöglichen. In einigen Regionen konnten Sozialtickets mit Unterstützung der LINKEN auf kommunaler Ebene durchgesetzt werden. Bezahlbarer ÖPNV ist dringend notwendig. Im Hartz-IV-Regelsatz sind gerade einmal 25,77 Euro im Monat für Mobilität vorgesehen – eine innerstädtische Fahrt kostet meist schon 2,50 Euro. Zuletzt gelang in Freiburg die Einführung eines Sozialtickets, obwohl sich CDU und Grüne dagegen sperrten. Busse und Bahnen müssen sich alle leisten können. Langfristig will DIE LINKE einen kostenfreien öffentlichen Personennahverkehr, der aus Steuermitteln finanziert wird.

Für eine soziale Offensive

Bernd Riexinger und Heike Hänsel, das Spitzenduo zur Bundestagswahl der Partei DIE LINKE in Baden-Württemberg, über die Ziele der LINKEN



Herr Riexinger, Sie sind seit vielen Jahren außerparlamentarisch als Gewerkschafter und Parteivorsitzender aktiv. Welche persönlichen Erfahrungen und inhaltlichen Schwerpunkte werden Sie in den Bundestag einbringen?
Bernd Riexinger: Ich komme selbst aus einem Arbeiterhaushalt. Diese Erfahrungen haben mich auch politisch sehr geprägt. Als Gewerkschafter ist gelebte Solidarität mein Lebens-

motto und so möchte ich an der Seite der Menschen für bessere Arbeitsbedingungen und ein gutes Leben für alle kämpfen. Im Bundestag werde ich mich für gute Löhne, armutsfeste Renten, bezahlbaren Wohnraum, ein gerechtes Bildungssystem, für mehr Personal und bessere Bezahlung in Kitas, Schulen und der Pflege einsetzen.

Frau Hänsel, Sie sitzen für die Fraktion DIE LINKE im Bun-

destag und sind schon lange in verschiedenen Initiativen wie attac und in der Friedensbewegung aktiv. Welche Themen werden Sie im nächsten Bundestag vertreten?
Heike Hänsel: Ich engagiere mich neben meinem Bundestagsmandat seit vielen Jahren auch außerparlamentarisch für eine solidarische Friedens- und Entwicklungspolitik. Gerade wir Baden-Württemberger haben eine besondere Verantwortung

beim Thema Frieden. Denn hiesige Firmen wie Heckler & Koch exportieren massenweise Kriegswaffen in die Welt, zum Beispiel in die Türkei. Diese Waffen kommen dann im Bürgerkrieg in Syrien zum Einsatz. Wir als LINKE setzen uns dafür ein, dass die Produktion und der Export von Kriegswaffen beendet werden und diese Firmen auf eine zivile Produktion umstellen.

Wie wollen Sie den Wechsel zu einem sozial gerechten Deutschland und einer friedlichen Welt erreichen?
Bernd Riexinger: Ich bin überzeugt: Wer mehr soziale Gerechtigkeit will, muss den Mut haben, sich auch mit den Reichen anzulegen. Kanzlerin Merkel und Finanzminister Schäuble schonen seit Jahren die Reichen in unserem Land, um gleichzeitig bei 99 Prozent der Bevölkerung abzukassieren. Wir fordern die Einführung einer Vermögensteuer von 5 Prozent. Mit diesen 80 Milliarden Euro Einnahmen können wir eine kostenlose Bildung von der Kita bis zur Universität finanzieren und die dringend notwendigen 250 000 bezahlba-

ren Wohnungen im Jahr schaffen. Zusätzlich müssen wir den Mindestlohn auf 12 Euro anheben und gleichzeitig die Sanktionen bei Hartz IV abschaffen und durch eine Mindestsicherung von 1.050 Euro ersetzen.
Heike Hänsel: Statt Aufrüstung für die NATO wollen wir Abrüstung für eine soziale Offensive in Deutschland. Wir brauchen das Geld für Pflegekräfte, für Schulen, Schwimmbäder und Jugendeinrichtungen statt für Panzer und Killerdrohnen. Und wir müssen endlich auch Banken und Großkonzerne in die Schranken weisen. Die Fraktion DIE LINKE im Bundestag hat sich als einzige Partei konsequent gegen Freihandelsabkommen wie TTIP und CETA eingesetzt. Wir lassen es nicht zu, dass sich mächtige Lobbyisten und Großkonzerne über unsere demokratischen Grundrechte hinwegsetzen.
Bernd Riexinger: Klar ist, dass es gegen soziale Kälte und die Gefahr des Rechtspopulismus eine starke LINKE im nächsten Bundestag braucht, die sich für soziale Gerechtigkeit, Frieden und mehr Demokratie einsetzt.

Kostenlose Bücher und warmes Essen

Das Einkommen der Eltern darf in der Schule keine Rolle spielen



Schulen müssen die Benachteiligung von Kindern ausgleichen.

Der Bildungsetat 2017 wurde von der Bundesregierung auf 17,6 Milliarden Euro festgelegt, der Etat für Aufrüstung liegt bei 37 Milliarden Euro. Hier wird deutlich, wo die Prioritäten in Deutschland liegen. Für Bildung wird in einem der reichsten Länder nur halb so viel ausgegeben wie für die Produktion von Waffen. Unter diesen Bedingungen haben es vor allem Kinder aus einkommensschwachen Familien schwer. Mangel an Personal und zu große Klassen führen dazu, dass sie

nicht adäquat gefördert werden können. Die Qualität der staatlichen Schulen nimmt stetig ab. Bei Wohlhabenden gibt es inzwischen den Trend, die Kinder auf Privatschulen zu schicken. Das Ergebnis: ein Zweiklassen-Bildungssystem. **»DIE LINKE fordert, dass das Einkommen der Eltern bei der Qualität der Bildung keine Rolle spielen darf, denn Bildung ist keine Ware«,** so Saskia Jürgens, Kandidatin im Wahlkreis Aalen – Heidenheim. Schulen müssen

Benachteiligung von Kindern und Jugendlichen ausgleichen – egal ob es finanzielle Nöte oder individuelle Lernprobleme sind. Überall müssen sowohl Lehrer als auch Sozialarbeiter in ausreichender Zahl vorhanden sein. Nur so können alle Kinder gerechte Bildungschancen erhalten und nach ihren Bedürfnissen gefördert werden. Dazu gehören freie Fahrt zur Schule und kostenlose Schulbücher genauso wie ein warmes, gesundes Essen in der Schule.

Jedes fünfte Krankenhaus soll geschlossen werden

Die Lage in der Pflege ist dramatisch – überall fehlt Personal

Die Situation in der Pflege hat sich in den vergangenen Jahren dramatisch zugespitzt. **Mittlerweile fehlen in den Krankenhäusern deutschlandweit rund 100 000 Pflegekräfte.** Die Folge: massenweise Überstunden – allein 36 Millionen Überstunden in Krankenhäusern – und die Verantwortung für zu viele Patientinnen und Patienten pro Schicht. Baden-Württembergs Sozialminister Manne Lucha möchte in den nächsten Jahren jedes fünfte Krankenhaus schließen. Gerade kleinere Häuser mit circa

100 Betten können dem Wettbewerbsdruck nicht standhalten. Die Krankenhäuser stellen jedoch die Grundversorgung auf dem Land sicher. In der Altenpflege ist die Situation noch eklatanter: Eine Pflegenden im Nachtdienst muss durchschnittlich 41 Bewohnerinnen und Bewohner versorgen. Dies sind alles Folgen der Ökonomisierung des Gesundheitssystems. Pflege ist schon lange kein Dienst am Menschen mehr. Seine Bedürfnisse und Nöte sind nur noch ein Kostenfaktor. DIE LINKE macht sich für

ein solidarisches und gerechtes Gesundheitssystem stark. **Deswegen fordert DIE LINKE eine Solidarische Gesundheitsversicherung, in die alle einzahlen, damit es für alle besser und bezahlbar wird.** So können die fehlenden 100 000 Pflegekräfte in den Krankenhäusern finanziert und die Grundversorgung kann im ländlichen Raum sichergestellt werden. Mit einer Pflegevollversicherung wird es für Pflegekräfte in der Altenpflege möglich, sich mehr Zeit für den Einzelnen zu nehmen.



Hetzen gehört für Krankenschwestern zum Alltag.

Gesichter der LINKEN im Südwesten

Unsere Kandidatinnen und Kandidaten sind das Gesicht der Partei bei Ihnen vor Ort. Sie engagieren sich in Vereinen und Verbänden, sind aktiv in der Gewerkschaft und arbeiten in den Kreis- und Gemeinderäten. Politik machen bedeutet für sie, einzugreifen und die Lebensverhältnisse für alle Menschen zu verbessern. Sie stehen auf gegen unsoziale Kürzungen, Rassismus und Ausgrenzung. Lernen Sie unsere Kandidatinnen und Kandidaten vor Ort kennen. Sie freuen sich auf einen Austausch und die Unterstützung ihrer politischen Arbeit in der Region.

Landesliste zur Bundestagswahl

Platz 1: **Bernd Riexinger**
Vorsitzender Partei DIE LINKE
(Wahlkreis Stuttgart II)

Platz 2: **Heike Hänsel**
MdB, stellvertretende
Fraktionsvorsitzende
(Wahlkreis Tübingen)

Platz 3: **Gökay Akbulut**
Stadträtin in Mannheim
(Wahlkreis Mannheim)

Platz 4: **Tobias Pflüger**
stellvertretender
Parteivorsitzender
(Wahlkreis Freiburg)

Platz 5: **Jessica Tatti**
Stadträtin in Reutlingen
(Wahlkreis Reutlingen)

Platz 6: **Michel Brandt**
(Wahlkreis Karlsruhe-Stadt)

Platz 7: **Claudia Haydt**
Vorstand Europäische Linke
(Wahlkreis Bodensee)

Platz 8: **Alexander Relea-Linder**
Landesvorstand
(Wahlkreis Backnang –
Schwäbisch Gmünd)

Platz 9: **Sahra Mirow**
Stadträtin in Heidelberg
(Wahlkreis Heidelberg)

Platz 10: **Alexander Kauz**
Landesvorstand
(Wahlkreis Emmendingen – Lahr)

Platz 11: **Johanna Tiarks**
(Wahlkreis Stuttgart I)

Platz 12: **Ecevit Emre**
(Wahlkreis Rhein-Neckar)

Platz 13: **Saskia Jürgens**
(Wahlkreis Aalen – Heidenheim)

Platz 14: **Peter Schimke**
Gemeinderat Vaihingen/Enz
(Wahlkreis Ludwigsburg)

Platz 15: **Ursula Beck**
Stuttgart (Ohne Wahlkreis)

Platz 16: **Werner Zieger**
(Wahlkreis Bruchsaal –
Schwetzingen)

Lebensmotto: Gelebte Solidarität



Bernd Riexinger ist gelernter Bankkaufmann und war bis 2012 Geschäftsführer des ver.di-Betriebsrats Stuttgart. Er ist Bundesvorsitzender und Spitzenkandidat der LINKEN in Bund und Land. Seine Herkunft aus einem Arbeiterhaushalt hat ihn politisch geprägt. Als Gewerkschafter ist gelebte Solidarität sein Lebensmotto. Politik heißt für ihn, an der Seite der Menschen für bessere Arbeitsbedingungen und ein gutes Leben für alle zu kämpfen. **»Ich bin überzeugt: Wer mehr soziale Gerechtigkeit will, muss den Mut haben, sich auch mit den Reichen anzulegen.** Gegen soziale Kälte und die Gefahr des Rechtspopulismus braucht es eine starke LINKE, die sich für soziale Gerechtigkeit, Frieden und mehr Demokratie starkmacht.«
www.bernd-riexinger.de

Für gerechten Handel



Heike Hänsel ist langjährige Bundestagsabgeordnete der LINKEN und neben Bernd Riexinger Spitzenkandidatin der LINKEN in Baden-Württemberg. Sie arbeitet schon lange in der Friedensbewegung mit und tritt im Parlament für eine aktive Friedens- und Entwicklungspolitik ein. Sie engagiert sich für gerechten Handel statt Freihandel und für ein solidarisches Europa der Menschen statt der Banken und Konzerne. **»In Baden-Württemberg liegen mir bezahlbare Mieten am Herzen. Rüstungsschmieden wie Heckler & Koch auf zivile Produktion umstellen und US-AFRICOM und US-EUCOM schließen.** Ich unterstütze Gewerkschaften für gute Arbeit und Erwerbsloseninitiativen gegen Hartz-IV-Schikanen.«
www.heike-haensel.de

Vielfalt zählt



Seit 2014 ist **Gökay Akbulut** Stadträtin der LINKEN in Mannheim. Sie hat einen kurdisch-alevischen Migrationshintergrund.

Von Beruf ist sie Referentin für Migration und Bildung bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sie unterstützt das Bündnis »Mannheim sagt Ja!«, ist Mitglied der Gewerkschaft GEW und bei attac. Ihr Wahlkampfeslogan lautet **»Gemeinsam für eine soziale, gerechte, solidarische und vielfältige Gesellschaft.«** Sie kandidiert für DIE LINKE im Wahlkreis Mannheim und auf der Landesliste Platz 3.
www.dielinke-ma.de

Chancen für alle



Sahra Mirow ist Stadträtin der LINKEN in Heidelberg. Sie arbeitet als wissenschaftliche Angestellte. Studiert hat sie Sinologie. **»Ich möchte mit anderen für eine Gesellschaft streiten, die allen Menschen Chancen und Teilhabe bietet,«** sagt sie als Kandidatin im Wahlkreis Heidelberg. Sie ist Mitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung, der Gewerkschaft ver.di, der Bürgerinitiative Mehr Demokratie e. V. und bei LobbyControl.
www.dielinke-hd.de

Faire Bezahlung



In ihrem Beruf als Gesundheits- und Krankenpflegerin und als alleinerziehende Mutter hat **Johanna Tiarks** gelernt, jeden Tag für eine gerechte Gesellschaft zu kämpfen. Auch deswegen kandidiert sie für DIE LINKE im Wahlkreis Stuttgart I. Sie sagt: **»Mit ausreichendem Kitaplätzen, bezahlbarem Wohnraum, einer fairen Bezahlung und mehr Personal in Pflegeberufen gewinnen wir alle.«**
www.die-linke-stuttgart.de

Ja zum Studierendenticket



Alexander Relea-Linder war einst SPD-Mitglied wie viele heutige Mitglieder der LINKEN. Als die Partei ihm zu weit vom Normalverdiener abrückte, trat er aus – und der LINKEN bei. **Vor Ort macht er sich für ein Studierendenticket und für mehr Lehrpersonal stark.** Seine Eltern flohen 1988 aus Rumänien

vor dem Ceaușescu-Regime, so kam er nach Schwäbisch Gmünd. Hier kandidiert er heute für DIE LINKE im Wahlkreis Backnang – Schwäbisch Gmünd zu den Bundestagswahlen.
www.linke-gd.de

Für eine solidarische Gesellschaft



Jessica Tatti ist Sozialarbeiterin in der Flüchtlingshilfe und ehrenamtliches Vorstandsmitglied der Arbeiterbildung e. V., einer kostenlosen und unabhängigen Beratungsstelle für Erwerbslose und Sozialleistungsberechtigte. Sie kandidiert für DIE LINKE im Wahlkreis Reutlingen und ist hier seit 2014 Stadträtin für DIE LINKE LISC. **Im Bundestag möchte sie sich für eine solidarische Gesellschaft ohne Rassismus einsetzen.** Eine Gesellschaft, in der soziale Gerechtigkeit und internationale Solidarität als grundlegende Werte gelten.
www.die-linke-reutlingen.de

Friedensaktivist



»Es geht nicht gerecht zu in diesem Land: von den unsozialen Auswirkungen der Agenda 2010 bis zur Wohnungspolitik. Das muss sich ändern. Und: Dieses Land ist an Kriegen beteiligt, durch Waffen oder Soldaten. Auch das muss sich ändern.« Der bundesweit bekannte Friedensaktivist **Tobias Pflüger** kandidiert im Wahlkreis Freiburg und auf dem Landeslistenplatz 4. Tobias Pflüger ist Mitgründer der Informationsstelle Militarisierung e. V. (IMI) in Tübingen. Von 2004 bis 2009 war er als Parteilooser und später für DIE LINKE Mitglied des Europäischen Parlaments in der Linksfraktion GUE/NGL.
www.tobias-pflueger.de

Urgestein der LINKEN



Der Betriebsratsvorsitzende **Alexander Kauz** arbeitet als Konstrukteur im ländlichen Südbaden und kandidiert im Wahlkreis Emmendingen – Lahr.

Über seine Kandidatur sagt er: **»Für mich gilt: Wer über Gerechtigkeit spricht, muss über Reichtum diskutieren. Es braucht eine Welt, in der es nicht nur der Wirtschaft gut geht, sondern allen – ohne Krieg, Hunger und Verfolgung.«** Er ist ein Urgestein der LINKEN aus dem ländlichen Raum und natürlich auch Mitglied der Gewerkschaft IG Metall.
www.die-linke-emmendingen.de

Gegen Hartz IV



Lothar Schuchmann ist der »Prof. Dr.« unter unseren Kandidaten. Heute ist der langjährige und erfahrene Kinderarzt in Rente, aber umtriebiger wie kaum ein anderer. Neben seiner Stadtratsarbeit in Freiburg engagiert er sich vor allem »gegen die inakzeptablen Hartz-IV-Gesetze der Schröder-SPD«, wie er selbst sagt. **Seine politischen Schwerpunkte liegen in der Sozial- und Gesundheitspolitik. Er kämpft für gerechte Lebensverhältnisse in der Stadt und im ganzen Land.** Er kandidiert im Wahlkreis Waldshut, der große Teile des südlichen Schwarzwalds umfasst.
www.dielinke-waldshut.de

Kostenloses Schulessen



Die langjährige Bundestagsabgeordnete **Karin Binder** kandidiert im Wahlkreis Offenburg. Ein zentrales Thema und Herzensangelegenheit war ihr in den letzten Jahren **die Einführung eines kostenfreien Essens für Kinder in Kitas und Schulen.** Mit leerem Magen lernt es sich schlecht – gerade in Zeiten von Ganztagschulen –, und außerdem muss Bildung grundsätzlich kostenfrei sein, egal ob Schulbücher, der Weg zur Schule oder auch das Schulessen. Karin Binder war als gelernte Einzelhandelskauffrau und Handelsfachwirtin Betriebsrätin und lange Zeit aktive Gewerkschafterin.
www.karin-binder.de

Kontakt: DIE LINKE.
Baden-Württemberg
Marienstraße 3A
70178 Stuttgart
Telefon: 0711/24 10 45
www.die-linke-bw.de

Armut im reichen Ländle

Schlecht bezahlte und prekäre Arbeit ist längst auch im reichen Ländle Alltag. Fast die Hälfte aller Alleinerziehenden ist armutsgefährdet. Darunter leiden besonders die Kinder. Für Menschen mit geringem Einkommen und Familien ist es immer schwerer, bezahlbaren Wohnraum zu finden. In Stuttgart muss oft schon die Hälfte des Nettoeinkommens für die Miete aufgewendet werden. Bundes- als auch Landesregierung spielen den Armuts- und Reichtumsbericht regelmäßig herunter. Dieser sagt aber klar, zunehmende Einkommens- und Vermögensungleichheit gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Statt wegzuschauen, fordern wir eine gerechte Steuerpolitik und Investitionen in Soziales sowie bezahlbare Wohnungen.

Gebührenfreie Kitas

Kitagebühren steigen, die Ausgaben für Schülertickets auch. Das ist eine Dauerbelastung besonders für Familien mit niedrigem Einkommen. In Bayern sind die Schülertickets für schulpflichtige Kinder und Azubis frei. In einigen Bundesländern sind Kitagebühren im Jahr vor der Einschulung abgeschafft. In Baden-Württemberg blockieren das bislang die Grünen, während SPD und CDU zumindest in ihren Wahlprogrammen Verbesserungen fordern. DIE LINKE kämpft für die Abschaffung jeglicher Gebühren im öffentlichen Bildungssystem. Die grün-schwarze Landesregierung investiert viel zu wenig in die frühkindliche Bildung. Erzieherinnen sind unterbezahlt und oft überlastet. Die Gruppen sind zu groß. Die Arbeit in Sozial- und Erziehungsberufen muss aufgewertet werden.

Keine Studiengebühren

Der Landtag von Baden-Württemberg hat ein Gesetz verabschiedet, nach dem Ausländer, die nicht in der EU leben, künftig mit 1.500 Euro Semestergebühren belastet werden. Auch für das Zweitstudium werden wieder Gebühren fällig. Diese Studiengebühren spielen die Studierenden gegeneinander aus. Wissenschaftsministerin Theresia Bauer behauptet, dass durch Stipendien eine sozial verträgliche Regelung geschaffen werde. In der Realität aber hat Baden-Württemberg bereits für dieses Sommersemester weniger internationale Studierende verzeichnet. DIE LINKE setzt sich gegen jede Form der Bildungsgebühren ein. Haushaltssanierung auf dem Rücken der Studierenden ist bildungsfeindlich und unsozial.

Wer Waffen produziert, macht Kriege möglich



DIE LINKE ist für ein klares Nein zu Aufrüstung und Krieg

Zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts sollen für Militärisches ausgegeben werden, das sieht eine Vereinbarung des NATO-Gipfels von Wales vor, an der die Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD beteiligt war. Mit diesem NATO-Beschluss, der schon deutlich vor der Wahl Donald Trumps vorlag, lässt sich die Aufrüstung der Bundeswehr »schön« begründen. **2017 ist der Militäretat bereits um 8 Prozent auf 37 Milliarden Euro gesteigert**

worden. »Wir brauchen diese gesamten Militärausgaben nicht«, sagt Tobias Pflüger, Friedensaktivist und Bundestagskandidat der LINKEN in Freiburg. Die Bundeswehr befindet sich derzeit in 15 offiziellen Auslandseinsätzen, an denen 3215 Soldatinnen und Soldaten beteiligt sind. Der größte Einsatz ist neben Afghanistan nun inzwischen Mali. Neu im Jahr 2017 sind die Stationierungen der Bundeswehr in Osteuropa, neben den zahlrei-

chen Manövern, die derzeit abgehalten werden. Erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg stehen deutsche Panzer wieder an der russischen Grenze. Noch unter Sigmar Gabriel als Wirtschaftsminister stiegen die genehmigten Rüstungsexporte Deutschlands in höchste Höhen: Einzelgenehmigungen im Wert von 6,88 Milliarden Euro. So wuchsen die Genehmigungen für Kleinwaffenexporte von 32 Millionen Euro im Jahr 2015 auf

47 Millionen 2016. Das ist eine Steigerung um fast 50 Prozent. Wer Waffen produziert, exportiert sie und macht damit Kriege möglich. **Ein Rüstungsexport- und Produktionsverbot und die Umwandlung von militärischer in zivile Produktion ist für DIE LINKE das Gebot der Stunde.** Eine weitere Forderung: Aus allen Auslandseinsätzen müssen die Soldatinnen und Soldaten abgezogen werden.

Friedenspolitik beginnt hier

Umsteuern ist möglich – Rüstungsbetriebe müssen auf zivile Produktion umgestellt werden



Die meisten Menschen in Deutschland lehnen Kriegseinsätze ab.

Kriege, Krisen und Spannungen wachsen global. Sie sind keine Naturkatastrophen, sondern Ergebnis einer Politik, die ganz maßgeblich im reichen Norden gemacht wird. Ein Umsteuern hin zu einer friedlicheren und ge-

rechteren Welt ist möglich und kann hier beginnen. »Wir können in den zahlreichen Rüstungsbetrieben in Baden-Württemberg eine Umstellung auf zivile Produktion anstoßen«, betont Claudia Haydt, Vorstand der Europä-

ischen Linken, die im Wahlkreis Bodensee für DIE LINKE antritt. Die Europäische Linke ist ein Zusammenschluss von 27 Parteien aus Europa.

Der Bedarf an ökologischer Mobilität oder fortschrittlicher Medizintechnik ist groß. **Weniger Waffen und weniger Munition auf den globalen Märkten bedeuten auch weniger Kriegstote und weniger Kriegsflüchtlinge.** Ein Umsteuern in der Landwirtschaft hierzulande – weg von Quantität, hin zu Qualität –, stärkt die regionalen Strukturen im Ländle und stoppt die Überflutung von Märkten im globalen Süden mit Billigprodukten. »Wir müssen den Klimawandel ausbremsen. Statt auf immer größere Autos setzen wir auf guten ÖPNV«, sagt sie. Der Klimawandel ist verant-

wortlich für Dürre und Hunger, Überschwemmungen und für die Vertreibung von Millionen Menschen. Die sozial ökologische Wende hilft allen und ist zugleich Friedenspolitik. Fairer Handel ist die beste Entwicklungshilfe. Menschen im globalen Süden brauchen keine Almosen, sondern Chancen.



Claudia Haydt, Religionswissenschaftlerin, ist Mitglied im Vorstand der Europäischen Linken und tritt im Wahlkreis Bodensee an

Solidarität statt Ausgrenzung

Die Grenzen verlaufen nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen oben und unten

DIE LINKE steht für eine soziale und solidarische Gesellschaft. Nationalismus und Ellenbogengesellschaft lösen nicht die Probleme, die durch den Sozialabbau infolge einer neoliberalen Politik geschaffen wurden – denn diese Po-

litik spaltet die Gesellschaft. Wenn jetzt eine sogenannte Alternative davon spricht, dass es den Klimawandel nicht gibt, Frauen wieder in die Küche gehören und Geflüchtete Schuld an sozialer Ungleichheit haben, dann ist das rechtspopulistische Propaganda, die Unsicherheiten und Ängste instrumentalisiert. Diese Antworten auf gesellschaftliche Fragen führen aber lediglich dazu, dass Konkurrenzdenken wächst und Menschen sich gegeneinander ausspielen lassen. »Wir

als LINKE stehen für das Gegenteil: Für uns verlaufen die Grenzen nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen oben und unten«, macht Michel Brandt deutlich, der in Karlsruhe für DIE LINKE kandidiert. Die soziale Frage kann nicht im »Wir gegen die« beantwortet werden. **Der Kampf gegen Rassismus und die menschenverachtenden Ideologien rechter Gruppierungen ist Aufgabe aller, die eine offene und solidarische Gesellschaft anstreben.** »Wir müssen lin-

ke Alternativen in die Offensive bringen, sie hör- und sichtbar machen«, sagt Brandt.



Michel Brandt, Schauspieler, kandidiert für DIE LINKE im Wahlkreis Karlsruhe-Stadt

Renten rauf: Mindestens 1.050 Euro

DIE LINKE will die gesetzliche Rente erhöhen und armutsfest machen



Martin Heinele

Findet die Rentenpolitik der vergangenen 20 Jahre ungerecht: Verkäuferin Ramona Otto.

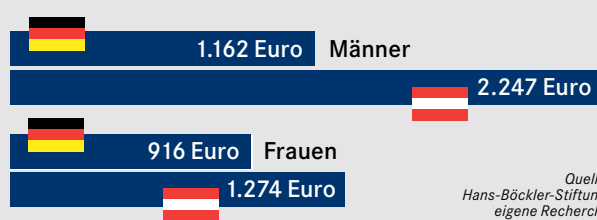
Ramona Otto wird es etwas mulmig, wenn sie an ihre Rente denkt. Die Verkäuferin arbeitet seit 1998 im Einzelhandel. Ihr Mann bekommt eine schmale Erwerbsminderungsrente. Beiden ist klar: Große Sprünge waren bislang nicht möglich, in Zukunft sind sie ausgeschlossen. Miete, Energiekosten, Einkäufe – die kleinen Renten werden schnell aufgefressen. **Statt nach Jahrzehnten harter Arbeit das Leben genießen zu können, müssen sich immer mehr Menschen Sorgen über ihre finanzielle Lage im Alter machen.** Derzeit leben 2,7 Millionen Menschen nach ihrem 65. Geburtstag in Armut oder sind davon bedroht.

Die gesetzliche Rente befindet sich im Sinkflug. Die Bundesregierung schaut zu, wie sich das Problem zuspitzt: ab 2030 droht jedem zweiten Normalverdiener eine Minirente. DIE LINKE will das stoppen. »Eine Rente, die für ein gutes Leben auch im Alter reicht, ist eine Frage des Respekts vor der Lebensleistung der Menschen. Es ist unwürdig, wenn Rentnerinnen und Rentner Pfandflaschen sammeln müssen«, sagt Bernd Riexinger, Parteivorsitzender der LINKEN. »Als einzige Partei wollen wir das Rentenniveau wieder auf 53 Prozent erhöhen. Da wo es vor den Rentenkürzungen der letzten Jahre – zur Zeit Helmut Kohls – einmal war.« Den Menschen in

Ostdeutschland wird zu jeder Wahl die Rentenangleichung versprochen – und dieses Versprechen haben CDU und SPD nach jeder Wahl wieder gebrochen. DIE LINKE steht für die sofortige Angleichung an das Westniveau. Ohne die junge Generation, die künftigen Rentnerinnen und Rentner, zu benachteiligen. Das Konzept der LINKEN für eine Rente, die den Lebensstandard sichert, ist eine Erwerbstätigenversicherung. In die zahlen alle ein – nicht nur Arbeiter und Angestellte, sondern auch Beamte, Politikerinnen und Politiker. **DIE LINKE will, dass die Beiträge für die Rente wieder zur Hälfte von den Unternehmen gezahlt werden.** So sind gute Renten für alle finanzierbar – für den Durchschnittsrentner bringt das rund 120 Euro mehr im Monat. Den Riester-Schwindel, der nur die Konten der Versicherungskonzerne auffüllt, muss aufhören. Die Ansprüche müssen in die gesetzliche Rente überführt werden. Für Ramona Otto und andere Beschäftigte mit niedrigem

Einkommen würde das alleine noch nicht reichen. Deshalb will DIE LINKE kleine Einkommen in der Rentenversicherung aufwerten. »Für eine Verkäuferin wie Ramona Otto wären das 270 Euro mehr Rente im Monat«, erklärt Bernd Riexinger. »Abschläge bei der Erwerbsminderungsrente wollen wir streichen.« Mit diesen Rentenreformen können Ramona Otto und ihr Mann entspannter in die Zukunft blicken. Vielen Frauen und allen, die auf lange Phasen mit niedrigen Löhnen, Krankheit oder Erwerbslosigkeit zurückblicken müssen, droht mit dem jetzigen System eine Rente unterhalb der Grundsicherung. Deswegen will DIE LINKE eine solidarische Mindestrente einführen – sie schützt alle Menschen, die sonst eine Rente von unter 1.050 Euro bekommen. Die Mindestrente soll als Zuschlag – oder im Einzelfall als Vollbetrag – von der Rentenversicherung gezahlt werden. Niemand soll im Alter von weniger als 1.050 Euro leben müssen. Das ist eine Frage der Achtung der Menschenwürde.

Was in Österreich geht, ist auch hierzulande möglich
Das bekamen Neurentnerinnen und Neurentner 2015 im Schnitt im Monat ausgezahlt (inklusive Witwenrente)



Von der Arbeit gut leben können

Sichere und gut bezahlte Jobs müssen in Deutschland wieder die Regel sein

Die Profite der Unternehmen sind explodiert. Aber 40 Prozent der Beschäftigten bekommen heute nicht mehr Lohn als vor 20 Jahren. **Viele Beschäftigte arbeiten bis zur Erschöpfung und kommen trotzdem kaum über die Runden.** DIE LINKE will das ändern. Von Arbeit muss man leben können. Der Lohn muss reichen, um eine

Rente anzusparen, die den Lebensstandard im Alter sichert. Unbefristete Arbeit, die sozial und mit Tarifvertrag abgesichert ist – das muss die Regel sein, nicht die Ausnahme. Selbst die Bundesregierung hat auf Anfrage der LINKEN ausrechnen müssen: Mit unter 12 Euro Stundenlohn droht selbst denen Altersarmut, die ohne Un-

terbrechung gearbeitet haben. Deshalb will DIE LINKE einen flächendeckenden Mindestlohn von 12 Euro ohne Ausnahmen durchsetzen. Die Löhne und Gehälter müssen insgesamt steigen. Die Agenda-2010-Gesetze haben unsichere Arbeitsverhältnisse wie Leiharbeit, Werkverträge, befristete und Minijobs erst möglich gemacht. DIE LINKE will als einzi-

gen können. **Frauen wie Männer müssen das Recht auf Arbeitszeiten haben, die mit dem Leben mit Familie und Kindern, Weiterbildung und Freizeit vereinbar sind.** Teilzeitarbeit muss zum Leben reichen, unfreiwillige Teilzeit muss abgeschafft werden. »In fast allen schlecht bezahlten Berufen arbeiten mehrheitlich Frauen. Das ist Diskriminierung in Reine-

form«, sagt Bernd Riexinger, Parteivorsitzender der LINKEN. Für gleichwertige Arbeit müssen Frauen wie Männer gleichen Lohn bekommen.

»Die wertvolle Arbeit in sozialen Berufen muss besser bezahlt werden.«
Bernd Riexinger,
Vorsitzender der LINKEN

»Die wertvolle Arbeit in sozialen Berufen muss endlich anerkannt und besser bezahlt werden«, sagt er. »Dafür wollen wir sorgen – mit Investitionen in Bildung, Gesundheitsversorgung und Pflege. Das ist gerecht und nützt am Ende allen.«



Stress: Arbeit auf Abruf

In Deutschland arbeiten mindestens 1,5 Millionen Menschen auf Abruf. Betroffen sind vor allem Beschäftigte im Einzelhandel, in der Gastronomie, im Gesundheitswesen und in der Verkehrsbranche. Firmen geben ihnen Arbeitsverträge mit sehr wenigen Stunden und ohne feste Arbeitszeiten. Mal arbeiten die Beschäftigten 40 Stunden im Monat, mal 160. Wenn der Betrieb es wünscht – auch sehr kurzfristig – müssen sie erscheinen. Die Beschäftigten können weder Einkommen noch Arbeitszeit planen und keinen weiteren Job annehmen. DIE LINKE fordert einen Rechtsanspruch auf eine Mindeststundenzahl von 22 Wochenstunden, die bezahlt werden.

Obergrenze für Managergehälter

In Portland (USA) wird für Unternehmen eine Strafsteuer erhoben, bei denen die Löhne der Beschäftigten und der Manager zu weit auseinanderklaffen. DIE LINKE setzt sich dafür ein, die Einführung solcher Maßnahmen auch für deutsche Firmen zu prüfen. Im Programm zur Bundestagswahl fordert DIE LINKE eine Obergrenze für Managergehälter. Danach sollen die Einkünfte von Vorständen und anderen Führungskräften nicht mehr als das Zwanzigfache des niedrigsten Gehalts im Betrieb betragen. Jahresgehälter über einer halben Million Euro sollen nicht mehr steuerlich abzugsfähig sein. »Wir fordern verbindliche Regeln für alle öffentlichen Unternehmen«, heißt es im Programm. Obergrenzen für Gehälter in Unternehmen sollen dazu beitragen, die Einkommen in der Gesellschaft gerechter zu verteilen.

DIE LINKE will

- den gesetzlichen Mindestlohn auf 12 Euro anheben, ohne Ausnahme
- Leiharbeit, Werkverträge und Minijobs in sichere Arbeitsplätze überführen
- Recht auf mindestens 22 Wochenstunden und Rückkehrrecht in Vollzeit statt unfreiwilliger Teilzeit
- Tarifverträge ausweiten und Allgemeinverbindlichkeit erleichtern.



Christian Mang

LINKEN-Kampagne gegen befristete Arbeitsverhältnisse



Gegen Rassismus und rechte Gewalt

Die Zahl extrem rechter Straftaten ist im Jahr 2016 erneut angestiegen. Im Schnitt wurden bundesweit mehr als 60 Taten pro Tag registriert, ein Anstieg um 14 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Die Dunkelziffer ist erheblich höher. Allein 3774 Fälle rassistisch motivierter Gewalt gegen Asylsuchende wurden dokumentiert. DIE LINKE kämpft gegen Rassismus und rechte Gewalt und für eine offene Gesellschaft. Die Fraktion DIE LINKE im Bundestag hat jede Verschärfung des Asylrechts abgelehnt. Menschen, die in ihren Ländern staatlicher oder nichtstaatlicher Verfolgung ausgesetzt sind, müssen politisches Asyl erhalten. Die Große Koalition aus SPD und Union hat zum Ende der Legislaturperiode das Asylrecht nochmals drastisch verschärft.



Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow

Regenbogenfahne über Staatskanzlei

Zeichen der Solidarität an einem historischen Tag, an dem die vollständige Gleichstellung von Lesben und Schwulen erreicht wurde: Mit dem Hissen der Regenbogenfahne würdigte der Thüringer Ministerpräsident Bodo Ramelow (DIE LINKE) die Einführung der Ehe für alle durch den Bundestag. Mit der Gesetzesänderung kehre endlich »staatliche Normalität« in die Gesellschaft ein, betonte er. Der Regierungschef lobte den parteiübergreifenden Beschluss und hofft, dass solche Entscheidungen auch in anderen menschenrechtlichen Fragen möglich sind, so in Fragen des humanitären Bleiberechts für Flüchtlinge.

Keine Angst vorm Absturz

DIE LINKE plant ein festes Netz von sozialen Sicherheiten ein



Zu viele Eltern können sich nicht einmal den Sportverein für ihre Kinder leisten.

Armut ist nicht naturgegeben. »Meine Vision ist eine Welt ohne Armut«, sagt Katja Kipping, Vorsitzende der Partei DIE LINKE und sozialpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag. »Und ich glaube daran, dass diese Welt möglich ist. Bereits jetzt gibt es einen immensen Reichtum.« **Die 62 reichsten Menschen besitzen so viel wie die halbe Welt.** Auch in Deutschland gehört den oberen 10 Prozent über die Hälfte des Vermögens. Im Gegensatz dazu verfügt die Hälfte der Menschen in diesem Land nur über 2,5 Prozent des Besitzes. Man muss kein Genie in Mathe sein, um zu erkennen, dass dieser Zustand zutiefst ungerecht ist. Diese Ungerechtigkeiten sind das Ergebnis einer Politik, die die Profite der wenigen über das Leben der vielen stellt. Dass es nicht so weitergehen kann wie bisher, das zeigt die Bilanz der

Regierung Merkel. Seit 2005 führt Angela Merkel die Regierung. Seitdem ist Reichtum immer ungleicher verteilt, und auch die Armutszahlen sind kontinuierlich gestiegen. Die Zahl der Menschen, die dauerhaft in Armut leben, hat sich in den vergangenen 20 Jahren verdoppelt. Heute gilt hierzulande jedes fünfte Kind als arm. »Das bedeutet für viele: kein Urlaub, kein Sportverein, manchmal nicht mal genügend zu essen. Das alles in einem reichen Land wie Deutschland«, so Katja Kipping. Diese Entwicklungen sind auch eine Folge der Agenda 2010. Unter Rot-Grün beschlossen, hat sie Millionen Menschen in die

Abhängigkeit des Hartz-IV-Systems gedrängt. Katja Kipping: »Wer meint, Hartz IV sei allein ein Problem der Abgehängten, der irrt. Denn wer Angst hat, der oder die akzeptiert die nächste Lohnkürzung. Wer Angst hat, der oder die ist vielleicht weniger bereit zu teilen.« Katja Kipping weiß: Diese Entwicklung wirkt sich auf alle aus. Deswegen fällt der lange Schatten von Hartz IV auf die ganze Gesellschaft, sagt sie. **Unter der Regierung Merkel hat sich das Leben für viele verschlechtert.** Sie hat dieses Land zu einem Land der Milliardäre und der Millionen in Armut gemacht. »Aber wir, wir wollen das ändern. Und keine andere

»Wer meint, Hartz IV sei allein ein Problem der Abgehängten, der irrt.«
*Katja Kipping,
Vorsitzende der LINKEN*

Partei hat hier so konkrete und so seriös durchgerechnete Vorschläge wie wir«, erklärt Kipping. DIE LINKE fordert, dass garantiert niemand in Deutschland in Armut fallen darf. Keiner soll im Bedarfsfall weniger als 1.050 Euro haben. Dafür stehen die solidarische Mindestrente und die sanktionsfreie Mindestsicherung. **DIE LINKE will das Kindergeld umgehend auf 328 Euro erhöhen. Dann soll es in eine Kindergrundsicherung von 573 Euro überführt werden.** Für DIE LINKE ist klar: wer Armut entgegenzutreten will, muss auch das Öffentliche stärken. So steht DIE LINKE für günstigere Fahrpreise, flächendeckend Sozialtickets für einkommensschwache Haushalte sowie kostenlose Schüler- und Azubitickets. DIE LINKE fordert gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Hochschule und ein kostenfreies warmes Essen in Kita und Schule. Finanzieren lässt sich das, wenn die zur Kasse gebeten werden, die den Reichtum für sich allein beanspruchen, der im Grunde allen gehört. Katja Kipping: »So sieht Gerechtigkeit aus. DIE LINKE kämpft dafür, dass dieses Land gerechter wird. Helfen Sie – hilf du – dabei, dass sich das rumspricht. Denn: Je stärker DIE LINKE, desto sozialer das Land.«

DIE LINKE will

- eine Mindestsicherung ohne Sanktionen von 1.050 Euro statt Hartz IV
- Kindergeld sofort auf 328 Euro erhöhen und in eine Kindergrundsicherung von 573 Euro überführen
- kostenfreies Essen in Schule und Kita, freie Fahrt für Kinder in Bus und Bahn.

Eine sozial gerechte Energiewende

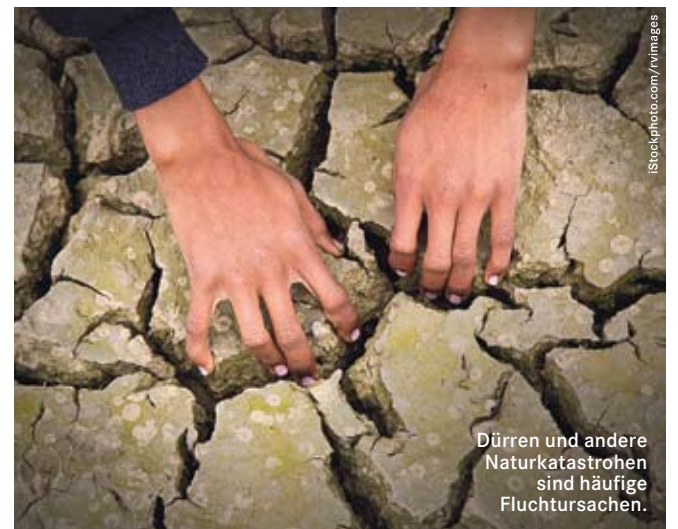
Klimaschutz ist eine Frage der Gerechtigkeit – weltweit

Die Klimakrise ist eine der zentralen Gerechtigkeitskrisen der heutigen Zeit. Es geht schon längst nicht mehr nur um Eisbären. Von den 17 Jahren dieses Jahrtausends zählen 16 zu den heißesten seit Beginn der Wetteraufzeichnung. Studien der UN belegen, dass bis zum Jahr 2050 geschätzte 200 Millionen Menschen auf der Welt vor den Folgen von Stürmen, Dürren oder Überschwemmungen flüchten werden. Daher ist der Ausstieg des US-Präsidenten Donald Trump aus dem Klimaschutz nicht nur eine Kriegserklärung an die Erde, sondern in der Konsequenz auch an die Lebensweise besonders der armen Menschen auf unserer Welt. Deutschland ist kein Klimaschutzweltmeister, sondern Weltmeister in Klimaheuchelei. Bundeskanzlerin Angela Merkel verfehlt die eigenen Klimaschutzziele deutlich. Sie torpediert alle Versuche, die deutsche Autoindustrie in der EU für ihre betrügerischen Abgasmanipulationen zu sanktionieren. Sie gibt

den Braunkohleleimern eine jahrzehntelange Verschmutzungsgarantie. Dabei sind es fossile Brennstoffe wie die Braunkohle, die den Klimawandel massiv vorantreiben. DIE LINKE will eine soziale Energiewende: **Statt großer Energiekonzerne wollen wir bürgernahe Energie in der öffentlichen Hand.** Wir werden die Strompreise stärker kontrollieren und für alle bezahlbar machen: mit Sozialtarifen für den Sockelverbrauch und höheren Preisen für Vielverbraucher. »Deswegen fragen wir von der LINKEN: Warum gibt es hierzulande noch kein ökologisch nachhaltiges Kohleausstiegsgesetz inklusive eines Strukturwandel-fonds zur sozialen Absicherung der im Braunkohletagebau Beschäftigten?«, so Katja Kipping, Vorsitzende der LINKEN. Neben Krieg und Verfolgung ist der Klimawandel eine der stärksten Fluchtursachen, vor allem in Teilen des afrikanischen Kontinents. Auch dieses Jahr wird die Anzahl ertrunkener Bootsflücht-

linge auf dem Mittelmeer dramatisch steigen. »Es gibt keinen wirksamen Klimaschutz ohne ein Mindestmaß an globaler Gerechtigkeit«, sagt Katja Kipping. »Nicht nur die Kriege in der Welt müssen enden. Wir brauchen faire globale Handelsbeziehungen.« Der Klimawandel macht an

keiner Grenze halt. Deswegen kann er auch nicht Land für Land eingedämmt werden. **Es gibt keinen Plan B für den Klimaschutz, weil es keinen Planeten B gibt.** Klimaschutz braucht ein wirkliches Umsteuern. Die Große Koalition ist dazu weder willens noch in der Lage.



Dürren und andere Naturkatastrophen sind häufige Fluchtursachen.

Politik darf nicht käuflich sein

DIE LINKE fordert ein Verbot von Unternehmensspenden an Parteien

Eine halbe Million Euro überwies der Internetmilliardär Ralph Dommermuth vor wenigen Wochen der CDU als Wahlkampfunterstützung. Auch als Dank dafür, dass Angela Merkel Dommermuth kürzlich in eines ihrer Beratergremien berufen hat? Das Signal jedenfalls ist klar: Politik kann man kaufen. Wer Geld hat, erhält Zugang zu denen, die entscheiden. Was ist schon eine Wählerstimme am 24. September gegen eine Lobbyistenspende von einer halben Million Euro?

DIE LINKE ist die einzige Partei, die aus Prinzip keine Spenden von Konzernen und Lobbyisten annimmt. Im Jahr 2015 haben CDU, CSU, SPD und Grüne fast 11 Millionen Euro von Unternehmen und Verbänden erhalten, davon allein die beiden Unionsparteien 8,6 Millionen Euro. Im Bundestagswahljahr 2013 gab es sogar 20 Millionen Euro aus den Zentralen der Konzerne. Diese Gelder schließen einen fairen Wahlkampf faktisch aus. Nicht nur die Verbreitung von falschen Nachrichten (Fake News) und ähnliche Dinge sind ein Problem für Fairness im Wahlkampf, sondern auch die Finanzierung über Unternehmensspenden ist höchst kritisch zu sehen. Für

Top Ten der Spender aus der Wirtschaft

Zahlungen 2011 bis 2015*

	DIE LINKE	Grüne	FDP	SPD	CSU	CDU
vbm Bayerische Metall- und Elektro-Industrie	0	165.000	360.000	220.000	2.066.642	0
BMW	0	113.818	418.186	324.225	437.594	797.989
DVAG (Finanzbranche)	0	60.000	343.000	125.000	0	1.563.000
Daimler	0	210.000	170.000	600.000	210.000	600.000
Südwestmetall (u. a. Rüstungsindustrie)	0	390.000	330.000	280.000	0	651.000
VCI Verband der Chemischen Industrie	0	63.500	208.000	269.000	0	459.000
Evonik (Chemieindustrie)	0	0	160.000	360.000	75.000	310.000
Allianz	0	170.001	130.001	170.001	140.001	170.001
Dr. August Oetker KG	0	22.000	55.000	22.000	64.000	606.000
Metall NRW (Metallarbeitsgeberverband)	0	45.000	170.000	120.000	0	395.000
Gesamt	0	1.239.319	2.344.187	2.490.226	2.993.237	5.551.990

* ohne Spenden der FDP aus dem Jahr 2015

Quelle: LobbyControl

Matthias Höhn, Bundeswahlkampfleiter der LINKEN, ist das eine grundsätzliche Frage: **»Konzernspenden schaden der Demokratie insgesamt.** Wer die Käuflichkeit der Politik nicht beenden will, braucht sich über den Vertrauensverlust der Bürgerinnen und Bürger gegenüber der Demokratie nicht wundern.« Auch die Grünen nehmen Spenden von Auto- und Versi-

cherungskonzernen an. Selbst bei der Rüstungsindustrie haben sie offensichtlich keine Berührungängste: Von 2011 bis 2015 erhielten sie 390.000 Euro von Südwestmetall. Das ist ein Arbeitgeberverband, in dem etliche Rüstungsfirmen, zum Beispiel auch Heckler & Koch, vertreten sind, die ihre Waffen weltweit in Krisen- und Kriegsgebiete exportieren.

Konzernspenden verzerren den politischen Wettbewerb und machen Politik käuflich. DIE LINKE will dieser Praxis einen Riegel vorschieben. **Spenden von Unternehmen und Lobbyverbänden an Parteien gehören verboten.** Spenden von Privatpersonen wollen wir auf 25.000 Euro im Jahr begrenzen. Statt sich von Lobbyisten abhängig zu machen, setzt DIE LINKE auch

im Wahlkampf auf das Engagement ihrer Unterstützerinnen und Unterstützer von »Linksaktiv 2017« und auf viele kleine Spenden von Bürgerinnen und Bürgern, die die Partei unterstützen. Ziel der Spendenkampagne der LINKEN im Wahljahr sind ebenfalls 500.000 Euro: aber nicht von Herrn Dommermuth, sondern von allen, die sich eine starke LINKE wünschen.

Gute Gewinne sind möglich

DIE LINKE will Gewinne höher besteuern – denn warum sollen Kapitaleinkünfte niedriger besteuert werden als Löhne? Die Gewinne unseres Preisausschreibens allerdings sind steuerfrei – völlig zu Recht, denn sie sind fair gehandelt, ökologisch, einfach schön oder machen klüger.

- 1. Preis: Fairphone 2:** zeichnet sich durch faire Preise aus – für die Produzierenden.
- 2. Preis: Diamant Fahrrad Topas Villiger:** überzeugt mit hochwertigen Details wie der Nexus 8-Gang-Nabenschaltung.
- 3. Preis: Marx-Figur:** Ottmar Hörls Skulptur würdigt den großen Denker.
- 4.–10. Preis:** Linkes Buchpaket



Lösung des Kreuzworträtsels bis zum 1. Oktober an: DIE LINKE, Wahlquartier Kleine Alexanderstraße 28 10178 Berlin oder per E-Mail an: wahlquartier@die-linke.de

Die Teilnahme ist für alle möglich, ausgenommen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstellen der LINKEN und deren Angehörige. Bei der Auslosung der Gewinnerinnen und Gewinner sind der Rechtsweg und die Barauszahlung ausgeschlossen. Die Gewinnerinnen und Gewinner werden direkt benachrichtigt.

Kreuzworträtsel

Stecken	LINKE-Politikerin (Vorname)	Beinleid	Laubbaum	Laut	Fläche	Behauptung
Früchte					Waldtier	
Anrede	Gebäude	Imperium (engl.)	Mittel-europäer	Tierkadaver	Abbau von Waffen	
		bibl. Garten				
laot. Fluss	Scheibe (engl.)	Internat am Bodensee	Wohnungseingang	nord. Gottheit	Schilfrohr	
Segelstange	Galleriemasse	nieder-sächs. Fluss	jamaik. Musikstil	Hirtengott span. Strom	Zorn (lat.)	Schwimmvogel
			Hautfalte			Habe
Volks-herrschaft	Lichtbild	Ganove	Programmier-sprache	Weidwerk Nordwest-europäer	trop. Kröte	Teil des Mittel-meers
					Näh-zubehör <td>Nach-richten-satellit</td>	Nach-richten-satellit
Säugetier	LINKEN Kern-kompe-tenz	röm. Fußball-club	Programmier-sprache	Medizi-ner	jap. Buddhis-mus	
	Pumuckls Meister					
				Geburts-ort von Marx		
				Roman von Zola		

Gib's uns!

Unterstützen Sie uns mit einer Spende an DIE LINKE Berliner Volksbank eG IBAN: DE38 1009 0000 5000 6000 00 BIC: BEVODEBB Kennwort: Spende oder: www.die-linke-spende.de

Die Hürde!

Ob Gipfel, Bundestagswahl oder die alltäglichen Zumutungen des Alltags im Kapitalismus: Wir sind nah dran! Und mit dem Kombi-Miniabo jetzt besonders erschwinglich für Ihre „Erstentscheidung“!

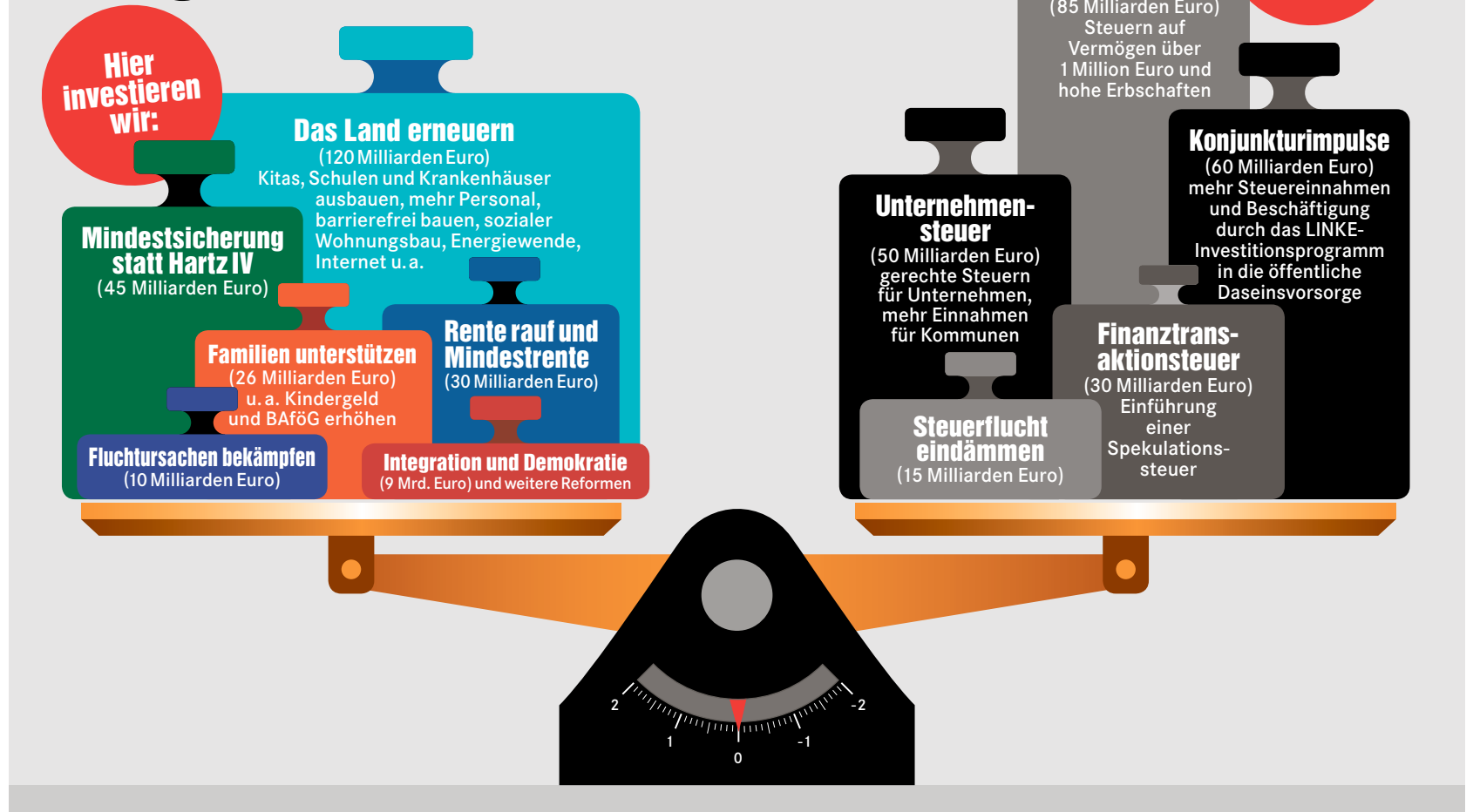
Kombi-Miniabo: 4 Wochen digital + Wochenendausgabe in die Hand für 9,90€

Tel. (030) 29 78 18 00 neues-deutschland.de/abo

neues deutschland nd

Impressum: Zeitung zur Bundestagswahl 2017, Auflage Baden-Württemberg: 700.000, Redaktionsschluss: 7. Juli 2017, Herausgeberin: DIE LINKE, 030/24 00 99 99, www.die-linke.de, V.i.S.d.P. Matthias Höhn, Layout und Satz: DiG/TRIALON, Druck: Eversfrank Berlin

So finanzieren wir die gerechte Gesellschaft



Gerecht und gut für den Geldbeutel

Weniger Steuern auf kleine und mittlere Einkommen – mehr Steuern für die großen Fische

Die junge Ingenieurin, der selbstständige Web-Entwickler, die angestellte Lehrerin, der erfahrene Facharbeiter – sie alle verbindet, dass am Ende des Monats zu wenig Geld vom Einkommen übrig bleibt. Ein Grund: Sie werden durch die Einkommensteuer zu stark belastet. Die Mehrheit der Beschäftigten trägt den Großteil der Steuerlast. Gleichzeitig rechnen sich Superreiche und Konzerne bei den Steuern arm und nutzen jedes Schlupfloch mithilfe versierter Berater aus. Ihre Ein-

nahmen aus Kapitalanlagen werden zu einem niedrigen Satz von 25 Prozent versteuert (Abgeltungsteuer) und unterliegen nicht den ansteigenden Sätzen aus der Einkommensteuer.

DIE LINKE hat ein Steuerkonzept entwickelt, von dem die übergroße Mehrheit der Beschäftigten profitiert. Die Faustformel: **Wer weniger als 7.100 Euro brutto im Monat verdient, wird entlastet.** Das gilt für Alleinstehende. Mit Kindern oder Unterhaltspflichten für andere ist die Entlastung höher. Für einen Angestellten mit einem monatlichen Bruttolohn von 1.700 Euro bedeutet das eine monatliche Entlastung von 127 Euro – auf das Jahr gerechnet entspricht das fast einem Monatslohn. Auch wer als Facharbeiterin ein gutes Einkommen bezieht, aber durch Kosten fürs Wohnen oder die Beiträge für den Kindergarten stark belastet ist, dem hilft unser Steuerkonzept. Bei 4.500 Euro Monateinkommen bleiben rund 210 Euro mehr im eigenen Portemonnaie. Jeden Monat. Bei Beschäftigten im Niedriglohnsektor reicht der Lohn kaum zum Leben. Es ist eine Frage der Menschenwürde, nicht noch das geringe Einkommen wegzubesteuern. Deshalb setzen wir den Steuerfreibetrag auf 12.600 Euro im Jahr hoch.

Die großen Entlastungen für die Menschen, die jeden Tag arbeiten gehen, sind möglich, weil DIE LINKE diejenigen stärker belastet, die reich und superreich sind und bislang vom Finanzamt bevorteilt wurden. Der Spitzensteuersatz ist nach 1999 gesenkt worden – von damals 53 auf heute 42 Prozent.

DIE LINKE will das rückgängig machen. Und Einkünfte aus Aktienbesitz genauso besteuern wie Einkommen aus Arbeit. Eigentum verpflichtet. Das Grund-

gesetz sieht eine Vermögenssteuer vor. 1995 hat das Bundesverfassungsgericht die damalige Form der Vermögenssteuer ausgesetzt. Der Grund war, dass Immobilienvermögen zu niedrig bewertet wurde. Der Auftrag lautete, diesen Fehler zu korrigieren. Das hat bislang jede Bundesregierung versäumt. Ohne Vermögenssteuer fehlen den Ländern die Mittel

für die notwendigen Investitionen in Schulen, für Kitausbau, Krankenhäuser und bezahlbare Wohnungen. Der Druck zu mehr Privatisierungen steigt. Das macht sich im Alltag von vielen Menschen bemerkbar, alles

wird teuer und funktioniert schlechter. DIE LINKE führt die Vermögenssteuer wieder ein: auf Vermögen oberhalb von 1 Million. Auch hohe Erbschaften sollen gerecht besteuert werden – ohne dass normales, selbstgenutztes Wohneigentum betroffen ist.

Gerechtigkeit ist auch eine Frage von Zahlen und von Steuern. **DIE LINKE schafft ein Steuersystem, das gerecht für alle ist:** das Entlastungen schafft für Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen, aber Reiche und Vermögende, Unternehmen und Konzerne wieder angemessen zur Kasse bittet. Ein Steuersystem der sozialen Gerechtigkeit!



Was bedeuten die Tarife der LINKEN für Ihre Einkommensteuer und die Sozialabgaben?

- Bis 1.400 Euro im Monat brutto (Single): **keine Steuer**
- 2.000 Euro im Monat brutto (Single): **1.733 Euro weniger Steuern im Jahr**
- 4.000 Euro im Monat brutto (Single): **2.265 Euro weniger Steuern im Jahr**
- 6.000 Euro im Monat brutto (Single): **1.567 Euro weniger Steuern im Jahr**
- Familie, zwei Kinder, 42.000 Euro brutto im Jahr: **5.039 Euro weniger Steuern und Sozialabgaben im Jahr, mit Kindergeld**



Ergreif Partei für eine bessere Zukunft!
Ja, ich möchte aktiv werden.

Vorname

Name

E-Mail

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

Ich bin bereits Mitglied der Partei DIE LINKE.

Ich möchte Mitglied der Partei DIE LINKE werden.

Datum

Unterschrift

Die Angaben werden von der Partei DIE LINKE in ihrer Bundesgeschäftsstelle und ihren Gliederungen entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) gespeichert, verarbeitet, übermittelt, aufbewahrt und nur zum Zweck der Wahlwerbung für diese und weitere Wahlen bis zum Widerruf dieser Einwilligung verwendet.

Einsenden/Kontakt:
DIE LINKE »Linksaktiv-Team«
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin
linksaktiv@die-linke.de
Telefon: 030/24009-111
www.linksaktiv.de